ROTE ANNELIESE

Nr. 185 / November 2004 Fr. 6.–

Tscherrig wütet weiter

Seite 10

Klosterfrauen gefeuert!

Seite 3

Wahl-Chaos Lax 2000:

Justiz und Staatsrat im Ping-Pong

Seite 6

Gilles Deleuze Félix Guattari

Kontroll-gesellschaft

Seite 16

Streit um «Kies»:

CVP Brig-Glis treibt Rentner in den Ruin!

Seite 4

Ecuador: Die Pest und die USA beuteln das Land Seite 15

Insieme-Chaos:
Wer stoppt Benno Tscherrig?

Benno Tscherrig war Politiker und Interessenvertreter. Als Bauernpräsident, als Regionalsekretär und als CSPO-Politiker war mit ihm nicht gut Kirschen essen. Überall hat er die Leute mit seinem forschen Stil vor den Kopf gestossen. Zuletzt hat er sich mit der CSP Leuk verkracht. Was kein Wunder und auch nicht weiter bedauerlich ist. Da traf er auf seines Gleichen.

*

Doch jetzt hat er das Feld gewechselt. Jetzt hat er, wie er selber sagt, seine *«soziale Ader»* entdeckt und ist Präsident des Vereins zur Förderung der geistig Behinderten (insieme) geworden. Er ist ebenfalls operativer Leiter der Stiftung «La résidence», worunter das Visper Paulusheim und das Altersheim Emserberg in Unterems sowie das Alterheim St-Pierre in Sitten fallen. Zudem ist er Manager der privaten Seniorenresidenz in Brig-Glis.

*

Als er im Herbst zwanzig geistig behinderte Kinder gegen den Willen der Betreuer und der Eltern in der privaten Seniorenresidenz unterbringen wollte, um die Rendite zu sichern, hat ihn die *Rote Anneliese* gestoppt. Doch Tscherrig wütet weiter: Er hat dem gesamten insieme-Kader gekündigt. Und im Altersheim in Unterems hat er von heute auf morgen zwei Klosterfrauen und eine Reinigungsfrau auf die Strasse gestellt.

*

Überall ist das Muster dasselbe: Wer sich seinen Rosskuren nicht bedingungslos unterwirft, wird kaltgestellt oder geschasst. Doch jetzt äussert ein Experte massive Kritik an Tscherrigs Strategie. Die RA veröffentlicht den vertraulichen Experten-Bericht. Spätestens jetzt müssten die übrigen Vorstandsmitglieder von insieme aufwachen, denn in der Verantwortung gibt es keine Blanko-Abtretung an Tscherrig mehr.

Kurt Marti

Inhalt

Emserberg: Schwestern weg ▶ Seite 3

Grindji-Kies: CVP nervt Rentner ▶ Seite 4

Wahlen Lax: Treue Wahlhelfer ▶ Seite 6

Conto Neri: Fournier schützt ▶ Seite 7

Nazi-Skins: Fest in Leukerbad ▶ Seite 8

Wussten Sie schon, dass...? ▶ Seite 9

Erinnern Sie sich noch? ▶ Seite 9

Buchbesprechung: Die Befehlskette ▶ Seite 9

Insieme-Chaos: Tscherrig wütet ▶ Seite 10

Bitsch: Hühnerstall ▶ Seite 12

Naters: Mülldeponie ▶ Seite 13

Gamsen: Armand Imhof ▶ Seite 14

Ecuador: Pest und USA ▶ Seite 15

Gilles Deleuze und Félix Guattari ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht ▶ Seite 18

Zi-Täter ▶ Seite 19

LeserInbrief ▶ Seite 19

CVP-Demo: Drei Pharisäer ▶ Seite 20

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3800
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor
Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
Marie-Theres Kämpfen
Cyrill Pinto
Martina Schild
Ricardo Torres Gavela
Renata Werlen

Sekretariat
Ursula Schild

Satz und Druck
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Dicke Eier

Steuerhinterzieher ja, Palästinesische Künstler nein!

An der Tagung *«Palästina – Israel – jenseits von Gewalt»* trat das Musikerpaar Viola Raheb und Marwan Abado auf. Sie leben in Österreich und treten oft in der Schweiz auf. Als Menschen ohne Pass hatten die beiden und ihr Kind bis jetzt keine Probleme bei der Anreise in die Schweiz. Nicht so im Wallis. Ein Beamter am Genfer Flughafen wollte die drei gleich ins Flugzeug setzen und nach Wien zurückschicken. Nach mehrstündigen Verhandlungen und Interventionen durften sie dann endlich nach Leuk fahren. Weniger Mühe haben bei uns Steuerflüchtlinge und SteuerhinterzieherInnen aus fern und nah. Leukerbad zum Beispiel bietet vorteilhafte Pauschalsteuern an und bedauerte sogar, dass der Bund Helikopterlandungen nur bis zu einer Höhe von 1100 Metern über Meer erlaube.

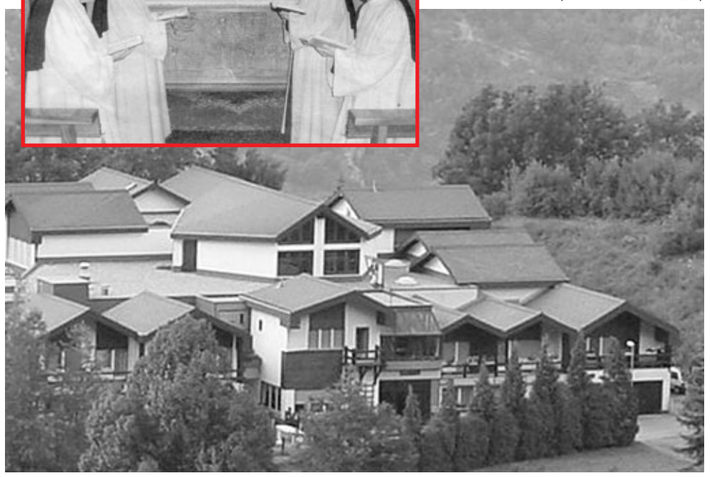
«Familienpartei» CVP Naters: Eine Schande!

Vor einem Jahr hat die RA darüber berichtet, dass die «Familienpartei» CVP Naters und deren Gemeindepräsidentin Edith Nanzer regelrechte Geizhälse sind, wenn es gilt das schöne Parteiprogramm in die Tat umzusetzen. Die CVP-GemeinderätInnen von Naters weigerten sich für die gemeinsame Kinderkrippe Ringelreija in Brig-Glis die vollen Kosten zu übernehmen. Die Fakten: Brig-Glis zahlte im Jahr 2002 für rund 170 Kinder 70000 Franken, Naters für rund 100 Kinder mickrige 2300 Franken. SP-Gemeinderat und Ringelreija-Vorstandsmitglied Hans-Josef Jossen beantragte dem Natischer Gemeinderat eine Erhöhung des Beitrages wenigstens auf 10000 Franken. Bewilligt hat der CVP-dominierte Rat bloss 4000 Franken. In der Jahresrechnung 2003 tauchen nur rund 1000 Franken auf. Anfang dieses Jahres hat die Gemeinde Brig-Glis dagegen interveniert. Jossen hat im Natischer Gemeinderat einen weiteren Antrag eingebracht und wurde erneut von der «Familienpartei» CVP Naters überstimmt. Im Voranschlag 2004 und 2005 tauchen ebenfalls nur 4000 Franken auf. An der nächsten Gemeinderatssitzung startet Jossen einen erneuten Vorstoss. Die RA wird die Namen der VerhindererInnen einzeln veröffentlichen, falls dies notwendig sein wird!

Machtkampf im Altersheim Emserberg in Unterems:
■ Benno Tscherrig schockt die Schwestern
■ Sofortige Freistellung zum 25-Jahr-Jubiläum

«Massivste Diffamierung!»

UNTEREMS – **Die Schwestern des Klosters *«Unsere Liebe Frau von den sieben Schmerzen»* in Unterems haben sich auf das 25-Jahr-Jubiläum gefreut. Stattdessen stellte sie Benno Tscherrig von heute auf morgen vor die Türe des Altersheims, welches sie 25 Jahre lang aufgebaut und geleitet hatten. Ebenfalls freigestellt wurde eine weitere Angestellte. Mit haarsträubenden Begründungen.**



Altersheim Emserberg (unten); Schwestern beim Gebet: *«Alles hat einen Sinn, auch wenn wir es nicht verstehen.»*

➔ (Siehe auch Seite 10)

Von Kurt Marti

«Wir Schwestern sind überzeugt, dass alles einen Sinn hat, auch dann, wenn wir es nicht verstehen,» hatte Sr. Maria Sinah Prause, Oberin des Klosters Unterems, im letzten September anlässlich des 25-jährigen Jubiläums mit schwerem Unterton ausgesprochen. Was die Oberin nicht verstehen konnte, hatte sich drei Monate zuvor im Juni zugetragen: Zwei ihrer Mitschwestern erhielten die sofortige Freistellung aus dem Altersheim, welches die Schwestern aufgebaut und 25 Jahre geführt hatten. Benno Tscherrig, der operative Leiter des Altersheims, hatte die beiden Schwestern von heute auf morgen gefeuert, angeblich wegen mangelnder Loyalität zur neuen Heimleitung. Den Lohn bis zur Kündigungsfrist erhielten sie ausbezahlt.

Ein bitterer Abschied nach 25 Jahren Pflege

Aus Altersgründen hatte letztes Jahr die Oberin Maria Sinah Prause die Leitung des Altersheims abgegeben und sich ins anliegende Kloster zurückgezogen. Dass ihre Mitschwestern am Abend mit der Oberin über ihre Arbeit im Altersheim gesprochen haben, wurde ihnen als mangelnde Loyalität zur neuen Heimleitung ausgelegt und mit der sofortigen Freistellung bestraft. Ein bitterer Abschied, wenn man bedenkt, dass die Schwestern 25 Jahre lang viele pflegebedürftige Menschen gepflegt und in den Tod begleitet haben.

Das Altersheim gehört zusammen mit den Altersheimen St. Paul in Visp und St-Pierre in Sitten zur Stiftung «La Résidence», welche von Domherr Emil Tscherrig gegründet und noch heute präsidiert wird. Im Stiftungsrat sitzt sein Neffe Benno Tscherrig und der Anwalt Gino Schnydrig aus Agarn sowie der Psychologe Richard Meyer aus Sitten. Unüblich ist, dass der Vorstand nur vier Personen aufweist und dass Benno Tscherrig als Stiftungsrat ebenfalls als operativer Leiter auftritt. Die saubere Trennung von strategischer und operativer Führung ist damit nicht gewährleistet. Ideale Voraussetzungen für Benno Tscherrig, zumal sein Onkel mit über 80 Jahren nicht mehr der Fitteste sein soll.

Lohnabfindung bar in die Hand gedrückt

Mit der sofortigen Freistellung der zwei Schwestern erreichte der Zwist zwischen der Oberin Maria Sinah Prause und Benno Tscherrig den bisherigen Höhepunkt. Doch schon drei Monate zuvor flogen die Fetzen. Tscherrig hatte Ende Februar eine Reinigungsfrau ebenfalls von heute auf morgen freigestellt. Die Begründung war dieselbe: Mangelnde Loyalität zur neuen Heimleitung. Tscherrig, dessen *«soziale Ader»* laut eigenen Angaben erst *«spät zum Beruf wurde»*, wollte keinesfalls dulden, dass sich die Reinigungsfrau gelegentlich mit der Schwester Oberin über das Altersheim unterhalten hat und dabei auch kritische Töne anschlug. Auf jeden Fall war diese Kritik dem operativen Leiter Tscherrig nicht konstruktiv genug, so dass er der guten Frau den Aufhebungsvertrag unter die Nase hielt, welche diesen quasi im Schockzustand unterschrieben hat. Für die Kündigungsfrist wurde ihr eine einmalige Lohnabfindung zugesprochen, welche ihr bar in die Hand gedrückt wurde.

«Gibt es in diesem Haus noch Meinungsfreiheit?»

Als Folge der Schock-Kündigung musste die Reinigungsfrau in ärztliche Behandlung und leidet unter Schlafstörungen, innerer Unruhe und Zittrigkeit. Sie musste medikamentös behandelt werden. Zudem musste sie den schweren Gang aufs Arbeitslosenamt antreten. In dieser miserablen Situation kam ihr die Oberin Maria Sinah Prause zu Hilfe. Sie prangerte Tscherrigs unchristliches Verhalten in einem eingeschriebenen Brief an alle Stiftungsräte mit deutlichen Worten an: «*Wir Schwestern empfinden den Kündigungsgrund, den die Heimleitung ausgesprochen hat, als massivste Diffamierung von uns vier Schwestern und ebenso von Frau X. Darum weisen wir aufs Schärfste dieses Vorgehen der Heimleitung zurück.»* Und sie fragt empört: *«Gibt es in diesem Haus noch Meinungsfreiheit?»*

Tscherrig: Freistellung war im Interesse der Schwestern!

Tscherrig und der Heimleiter Stefan Zumstein drehen den geschilderten Sachverhalt mit der bekannten Prise Zynismus ins pure Gegenteil: Die Freistellung sei *«im Interesse beider Vertragsparteien»* erfolgt und die drei Frauen seien bei Beginn der Kündigungsfrist *«lediglich von der Arbeitsleistung freigestellt»* worden. Was die Meinungsfreiheit betrifft, laden die beiden Apostel den RA-Redaktor ins Altersheim Emserberg ein, um sich *«vor Ort ein Bild über die bei uns täglich gelebten Grundrechte zu machen.»* Besten Dank!

Rechtsstreit um Kiesabbau im Grindji

Wie die Schwarzen einen Rentner ruinieren!

BRIG-GLIS – **Jahrzehntelang hat der Bauunternehmer Albert Kronig im Grindji Kies abgebaut. Trotz mehreren Gesuchen verweigerten ihm die Präsidenten Werner Perrig und Rolf Escher eine rechtsgültige Konzession. Stattdessen kam die CVP-treue Baufirma Severin Schmid & Söhne in die Kränze. Nun soll ausgerechnet Kronig für die Versäumnisse der Gemeinde büssen: Im Interesse der Furka-Oberalp-Bahn prozessiert ihn die Gemeinde in den finanziellen Ruin. Mit Hilfe des Anwaltsbüros Perrig!**

Von Kurt Marti

Am 21. April 1995 traute der Bauunternehmer Albert Kronig seinen Augen nicht mehr: Im Amtsblatt schrieb die Furka-Oberalp-Bahn (FO) den Abtransport von Flusskies aus dem Grindji öffentlich aus. Das Material war als Untergrund für die FO-Werkstätten vorgesehen. Das Besondere daran: Ein beträchtlicher Teil des betroffenen Bodens im Grindji und rund 40 000 m³ Kies gehörten und gehören Albert Kronig. Erst eine Woche nach der Ausschreibung wird er vom Briger Bauchef Urban Paris schriftlich über diese Aktion informiert. Der noch amtierende Stadtpräsident und antretende FO-Direktor Rolf Escher hatte unter dem Deckmantel des Katastrophenschutzes eigenmächtig über das Privateigentum Kronigs verfügt; bereitwillig assistiert von Stadtrat Peter Planche, Chef des Ressorts öffentliche Arbeiten.

FO-Bahn war am Flusskies interessiert

Aus Sicherheitsgründen musste die Gemeinde im Jahr 1995 rund 70 000 m³ Material aus dem Grindji abtransportieren lassen. Vorerst erhielt auch Albert Kronig die Gelegenheit, das Material von seinen Grundstücken gratis abzutransportieren. Nach dem Unwetter vom Herbst 1993 gab es jedoch genügend Flusskies und er fand zu diesem Zeitpunkt keinen Abnehmer. Was er nicht wusste: Es gab sehr wohl eine Interessentin für den Flusskies, nämlich die FO-Werkstätten im Glisergrund. Die Verhandlungen der Gemeinde mit der FO dauerten bereits über ein Jahr. Statt mit dem rechtmässigen Besitzer Kronig über einen angemessenen Kaufpreis und den Abschluss eines zivilrechtlichen Abnahmevertrages zu verhandeln, behielt die Gemeinde den potentiellen Abnehmer und damit eine wichtige Marktinformation für sich.

«Das ist nichts anderes als Diebstahl!»

Stadtpräsident Escher vertrat dabei die Interessen der FO, welche auf diese Weise zu spottbilligem Untergrundmaterial kam. Denn laut Recherchen der RA kostete der Transport rund 4 Franken pro m³ und wurde je zur Hälfte von der Gemeinde und der FO übernommen. Der rechtmässige Kies-Besitzer Kronig hingegen ging leer aus. Sein Kommentar: *«Das ist nichts anderes als Diebstahl!»* In der Folge reichte Kronig eine Rech-nung für seinen Flusskies bei der Gemeinde ein. Doch diese weigerte sich, im Interesse der FO auch nur einen einzigen Rappen dafür herauszurücken. CVP-Ständerat Rolf Escher wollte sich auf Anfrage dazu nicht äussern, mit der Begründung, *«dass man bereits jetzt weiss, wie Ihre «Berichterstattung» daherkommen wird.»*

Gemeinde Brig-Glis wehrt sich für die FO

1996 gab der Staatsrat grünes Licht für die Enteignung des Bodens im Flussbett der Saltina im Grindji und setzte eine Schatzungkommission ein, welche zum Schluss kam, dass Kronigs Kies überhaupt keinen Wert habe. Dagegen legte Kronig Beschwerde beim Staatsrat ein, worauf dieser eine Revisionskommission einsetzte. Diese kam nach diversen Rückfragen unter anderem auch beim Schweizerischen Fachverband für Sand und Kies (FSK) zum Schluss, dass der Kies aus dem Grindji inklusive Transport 12 Franken pro m³ koste, wovon 2 Franken/m³ Entschädigung für Kronig abfalle. Diese 2 Franken hätte die FO als Abnehmerin dem rechtmässigen Besitzer Kronig geschuldet. Wider alle Logik reichte gegen diesen Entscheid der Revisionkommission nicht die FO, sondern die Stadtgemeinde Brig-Glis eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Kantonsgericht ein und forderte im Interesse der FO eine Senkung des Materialpreises auf Null Franken. Dass die Gemeinde in den 90er Jahren für den eigenen Grindji-Kies 2,80 Franken kassierte, wurde perfid unter den Tisch gewischt.

«Nie eine Konzession für die Ausbeutung gehabt»

In der genannten Verwaltungsgerichtsbeschwerde verlangte die Stadtgemeinde ebenfalls eine Senkung des Preises für Kronigs Boden auf 5 Franken pro m², nachdem zwei Schatzungskommissionen einen Preis von 20 Franken festgelegt hatten. Gegenüber der RA erklärt Stadtpräsidentin Viola Amherd, es gehe dabei um *«die Interessen der Gemeinde»* und man könne nicht einfach Gelder *«zum Fenster hinauswerfen»*. Dies trifft nur auf den ersten Blick zu. Auf den zweiten Blick verbirgt sich dahinter eine schreiende Ungerechtigkeit. Brisant sind im vorliegenden Fall nämlich die geschichtlichen Hintergründe und die juristischen Begründungen. Die Gemeinde argumentiert, Albert Kronig habe *«nie eine Konzession für die Ausbeutung»* von Flusskies gehabt. Folglich habe für ihn der Boden keinen Verkehrswert, der über das übrige Landwirtschaftsland hinaus gehe und der Flusskies habe für ihn auch keinen Verkaufswert.

Kronigs Boden am linken Berghang bis zum Flussknie: *Eine Konzession hatte nur die CVP-nahe Firma Schmid*

Kronigs Konzessionsgesuche wurden nie bewilligt

Der Zynismus dieser Begründung wird aus dem historischen Zusammenhang klar. Denn Kronig hat nachweislich im Jahr 1981, 1992, 1993 und 1994 Konzessionsgesuche für die Ausbeutung von Flusskies bei der Gemeinde Brig-Glis eingereicht. Nie wurde ihm ein solches Gesuch bewilligt. Ganz im Gegensatz zur CVP-nahen Firma Severin Schmid & Söhne, welche 1971, 1981 und 1990 rechtsgültige Konzessionen erhielt. Dabei ist zu bedenken, dass Kronig über viel mehr Boden im Abbaugebiet verfügt als die Baufirma Schmid. Kronig hatte im Hinblick auf die Kiesausbeutung sukzessive Land erworben und er baute seit den 60er Jahren regelmässig Kies ab. Die damaligen Gemeindepräsidenten Werner Perrig und Rolf Escher tolerierten stillschweigend diesen *«rechtswidrigen»* Kiesabbau, ohne auf die Konzessionsgesuche Kronigs einzugehen. Die Baufirma Schmid kann sich heute gleich noch einmal freuen, denn die Schatzungskommission schätzte deren Boden auf 40 Franken pro Quadratmeter ein, gerade weil sie eine Konzession vorweisen konnte.

Eduard Brogli forderte Konzession für Kronig

Pikanterweise hat im Jahr 1993 der jetzige Gemeindeschreiber Eduard Brogli als Anwalt die Interessen von Kronig vertreten. In einem scharfen Brief an Stadtpräsident Rolf Escher bezieht er sich auf das Konzessionsgesuch von Albert Kronig vom November 1992 und hält fest, die Gemeinde habe *«notabene völlig unverständlicherweise der Tiefbauunternehmung Severin Schmid faktisch ein Alleinausbeutungsrecht eingeräumt.»* Und er fordert den Stadtrat auf, auch an Kronig eine rechtsgültige Bewilligung zu erteilen. Trotz Broglis Intervention liess Escher das Gesuch versanden, wie auch Werner Perrig Anfang der 80er Jahre nicht auf Kronigs Gesuch einging. Dazu Escher und Amherd auf Anfrage: Kein Kommentar!

Werner Perrigs schlechtes Gedächtnis

Im Jahr 2003 schoss Stadtschreiber Eduard Brogli einen prächtigen Bock: Zusammen mit der Gemeindepräsidentin Amherd erteilte er ausgerechnet dem Anwaltsbüro von Werner und Christian Perrig ein Anwaltmandat, um seinen früheren Mandaten Albert Kronig in die Zange zu nehmen. Dies obwohl auch Werner Perrig in dieser Sache vom Bezirksrichter befragt wurde. Fast gebetsmühlenartig wiederholt das Büro Perrig in der Verwaltungsgerichtsbeschwerde, dass Kronig *«nie eine Konzession besessen habe»* und folgert: *«Somit konnte er auch kein Kies ausbeuten.»* Faktisch hat Kronig über Jahrzehnte Kies abtransportiert. Vor dem Bezirksrichter konnte sich Alt-Ersatz-Bundesrichter Werner Perrig erstaunlicherweise nicht mehr an Kronigs Kiesabbau erinnern und erklärte zweideutig: *«Es kann möglich sein.»* Kronig hingegen gab vor dem Bezirksrichter an, er habe seinerzeit sogar den Bau der Strasse ins Gringji mit dem damaligen Stadtpräsidenten Perrig vor Ort besprochen und dann auf eigene Kosten ausgeführt. Stadtpräsidentin Amherd bezeichnet das Büro Perrig *«als gute Wahl»*.

Rolf Escher: *Verzicht auf eine Stellungnahme*

Werner Perrig: *Kann sich nicht mehr erinnern*

Viola Amherd: *Büro Perrig ist eine gute Wahl*

Eduard Brogli: *Zuerst für und dann gegen Kronig*

Kantonsrichter lassen sich von Escher narren

Man könnte meinen, das Kantonsgericht würde diesem unseligen Spiel der Schwarzen gegen den Rentner Kronig endlich Einhalt gebieten und eine vernünftige Verhandlungslösung ermöglichen, welche die gemachten Fehler der Gemeinde angemessen berücksichtigt. Doch weit gefehlt! Wie die CVP-Oberen von Brig schafft offenbar auch die C-Kantonsjustiz lieber neue Probleme, statt die bestehenden zu lösen. Neben der Verwaltungsgerichtsbeschwerde strengte Kronig ebenfalls ein zivilrechtliches Verfahren an, nachdem die Schatzungskommission auf diesen Rechtsweg verwiesen hatte. Während das Bezirksgericht darauf einging, erklärte das Kantonsgericht sich für nicht zuständig, weil es sich nicht um ein zivilrechtliches Verfahren handle.

Es ist schon beeindruckend, wie sich die Kantonsrichter Niklaus Stoffel, Hermann Murmann und Jérôme Emonet von Ständerat Rolf Escher auf eine falsche Fährte locken lassen. Letzterer erklärte, die Gemeinde habe für den Abtransport des Materials sogar zahlen müssen. Damit steht für das Kantonsgericht fest, dass die Gemeinde keinen Gewinn erziehlt habe. Das hat auch niemand behauptet, den «Gewinn» erzielte die FO, weil sie für einen Kubikmeterpreis von zwei Franken Material vor Ort geliefert bekam, subventioniert von der Gemeinde mit rund 140 000 Franken und von Albert Kronig, der keinen einzigen Rappen erhielt! Stattdessen brummten ihm Stoffel, Murmann und Emonet eine astronomische Gerichtsgebühr von 18 000 Franken und eine Anwaltsentschädigung an das Büro Perrig von 18 000 Franken auf, insgesamt also 36 000 Franken. Für Perrigs Honorar liess die Stadtgemeinde den Rentner Kronig überdies betreiben, worauf dieser schlussendlich bezahlte.

Kantonsgericht verschweigt wichtige Unterlagen

Mittlerweile liegt auch das Kantonsgerichtsurteil im verwaltungsgerichtlichen Verfahren vor. Darin stützen Kantonsrichter Erwin Leiggener, J. C. Lugon und J. B. Fournier die Haltung der Gemeinde Brig-Glis und drücken den Quadratmeter-Preis auf 5 Franken und den Kies-Preis auf Null Franken. Als Begründung führen sie die fehlende Konzession und die fehlende Nachfrage für das Material an. Damit übernimmt das Kantonsgericht unkritisch die Argumentation der Gemeinde Brig-Glis, statt sich über die Hintergründe der fehlenden Konzession zu kümmern, namentlich die fortgesetzte Verweigerung durch die Gemeinde und die so provozierte «Illegalität» des Kiesabbaus. Zudem hatte das Kantonsgericht ebenfalls Kenntnis von der Tatsache, dass die Gemeinde Brig-Glis selbst für ihren Boden im Grindji anfangs der 90er Jahre eine Gebühr von 2,80 Franken pro Kubikmeter Flusskies kassierte. So steht es im Konzessionsvertrag mit der Firma Severin Schmid & Söhne. Obwohl sämtliche Dokumente dem Kantonsgericht vorlagen, werden sie im schriftlichen Urteil mit keinem einzigen Wort erwähnt.

Kantonsgericht spielt sich als dritte Schatzungsbehörde auf

Ein scharfsichtiger Kantonsrichter hätte ebenfalls das Argument der fehlenden Nachfrage unter die Lupe nehmen müssen. Man kann doch den Rentner Kronig nicht dafür bestrafen, dass die Gemeinde im Interesse des Katastrophenschutzes Kies zu einem Zeitpunkt des Nachfragemangels abtransportieren muss. Wenn nicht das Sicherheitsinteresse der öffentlichen Hand gewesen wäre, hätte Kronig seinen Kies so lange dort liegen lassen können, bis wieder eine Nachfrage vorhanden gewesen wäre. Es ist ein Widerspruch in sich, angesichts des öffentlichen Zwanges mit dem freien Markt zu kommen. Statt sich mit diesen Fragen zu befassen, hat sich das Kantonsgericht vielmehr als weitere Schatzungsbehörde aufgespielt und damit seinen Auftrag überschritten.

Kantonsgericht wieder im Zwielicht: *Unkritisch übernehmen, Fakten verschweigen, Kompetenzen überschreiten!*

Staatsrat und Justiz:
Hohe Schule des Ping-Pong-Spiels!

Staatsrat Jean-René Fournier: *Zwei Mal vom Kantonsgericht zurückgepfiffen bis sein lausiger Rechtsdienst endlich Strafanzeige einreichte!*

(ktm) Beinahe zwei Jahre dauerte es bis Staatsrat Jean-René Fournier und sein Rechtsdienst beim Untersuchungsrichter eine Strafanzeige im Fall der Laxer Gemeinderatswahlen einreichte. Zuvor hat der Staatsrat aus formellen Gründen eine Wahlbeschwerde der Unabhängigen Liste abgewiesen. Das Kantonsgericht hingegen wertete diese Ablehnung als *«überspitzten Formalismus»* und zwang den Staatsrat, die Beschwerde erneut zu behandeln. Doch auch jetzt zeigte sich der Staatsrat, genauer der Rechtsdienst des Justizdepartementes, stur und argumentierte, die ungültigen Stimmen der Laxer Gemeinderatswahlen hätten das Wahlergebnis nicht beeinflusst, folglich würden auch keine Sanktionen gegen die Verantwortlichen ergriffen. Wieder einmal sieht das Bundesgericht (BGE112 IV 85) die Sache ganz anders: Für die Bestrafung einer Wahlfälschung ist es *«nicht erforderlich, dass ohne die Machenschaften die Wahl anders ausgefallen wäre.»*

Der polizeiliche Ermittler gab sich Mühe...

Auf erneute Beschwerde der Unabhängigen Liste pfiff das Kantonsgericht den Staatsrat erneut zurück, worauf dieser endlich eine Strafanzeige beim Untersuchungsrichter einreichte. Der polizeiliche Ermittler gab sich bei den Befragungen vorerst echt Mühe, nahm aber die Aussagen der Angeschuldigten als bare Münze und kam zum Schluss, dass keine brieflichen Stimmen *«produziert»* worden sein. Auf die formalen Fehler und die Widersprüche der brieflichen Stimmabgabe ging er gar nicht ein, obwohl die Aussagen der Angezeigten vor Ungereimheiten nur so strotzten. Schlimmer noch, auf die Befragung und Einvernahme der zwei Hauptakteure, Gemeindepräsident Xaver Summermatter und den Schreiber Claudio Minnig, verzichtete er ganz bewusst, ja er liess sie regelrecht laufen, so dass die Voruntersuchungen dieses gravierenden Mangels wegen zum vornherein als unvollständig und lückenhaft angesehen werden mussten. Desweitern hat die damalige Vizepräsidentin Elsa Imhasly, welche Mitglied des Wahlbüros war, ihre Aussagen einen Tag nach der Einvernahme zum Teil schriftlich widerufen, *«nicht ohne sich vorher noch einen Wahlbeobachter vorgeknüpft und zusammengestaucht zu haben»,* wie sich Gemeinderat und Kläger Paul Imhof erinnert.

UR Tenud: Der Staatsrat ist zuständig!

Auf der Grundlage einer fehlerhaften polizeilichen Ermittlung weigerte sich Untersuchungsrichter Bernhard Tenud eine Strafuntersuchung zu eröffnen. Darauf reichten die Vertreter der Unabhängigen eine Strafanzeige ein, welche wiederum von Untersuchungsrichter Tenud mit der Begründung abgewiesen wurde, es seien seit der Ablehnung der staatsrätlichen Anzeige keine neuen Beweise vorgebracht worden. Schlussendlich holte Tenud zu einem weiteren Ping-Pong-Schlag in Richtung Sitten aus: Allenfalls sei das Gesetz über die Wahlen und Abstimmungen verletzt worden und es handle sich um einen *«Übertretungstatbestand, der mit Busse zu ahnden ist, wobei die Zuständigkeit beim Staatsrat liegt.»* Dieser hat bisher aber nichts unternommen, so dass laut Imhof *«die Glaubwürdigkeit und die Rechtssicherheit im Kanton erheblich in Zweifel gezogen werden müssen.»*

Gemeinderatswahlen Lax 2000:
Staatsrat fördert kreative Wahlhelfer!

LAX/SITTEN – **Die letzten Gemeinderatswahlen in Lax gingen mit lauten Nebengeräuschen über die Bühne: Die Opposition sprach von Wahlfälschung und Verletzung des Wahlgeheimnisses. Der abtretende Gemeinderat musste 15 Monate nachsitzen. Nach vier Jahren Rechtshändel kam die Walliser Justiz und der Staatsrat zum Schluss: Es gibt keine Bussen und keine Strafuntersuchung. Die RA hat nachgeforscht und kam aus dem Staunen nicht mehr heraus.**

Von Kurt Marti

Bei den letzten Laxer Gemeinderatswahlen im Dezember 2000 wurden insgesamt neun Personen gezählt, welche angeblich brieflich wählten. Auf allen neun Übermittlungscouverts, in denen die anonymen Couverts mit den Stimmzetteln lagen, fehlten die Adresse und die Unterschrift, sowie auf acht der Übermittlungscouvert ebenfalls der Poststempel. Eine krasse Verletzung der Wahlvorschriften, fand der Rechtsdienst des Kantons, und erklärte alle neun Stimmen für ungültig.

Ominöse Wahlcouverts blieben verschwunden

Die Vertreter der Unabhängigen Liste, allen voran der amtierende Gemeinderat Paul Imhof, äusserten in einer Beschwerde an den Staatsrat und in einer Strafanzeige (*siehe Kasten*) den Verdacht der Wahlfälschung und der Verletzung des Wahlgeheimnisses. Der Verdacht richtete sich gegen den damaligen Gemeindepräsident Xaver Summermatter, die damalige Vizepräsidentin und Wahlmanagerin Elsa Imhasly und den damaligen Gemeindeschreiber Claudio Minnig. Dermassen in der Zwickmühle präsentierten sie zunächst eine unglaubliche «Drei-Umschlag-Theorie», gemäss dieser die nichtgestempelten Übermittlungscouverts in noch grösseren Übermittlungscouverts gesteckt haben sollen, welche ihrerseits per Post eingegangen seien. Selbstverständlich seien auf diesen dritten Couverts die Adresse, die Unterschrift und der Poststempel angebracht, exakt wie es vorgeschrieben sei. Als das Wahlbüromitglied Leo Imhof die gestempelten Übermittlungscouvert sehen wollte, hat Gemeindepräsident Summermatter den Gemeindeschreiber Minnig angewiesen, diese zu bringen. Laut Paul Imhof *«nur zum Schein»*, denn die ominösen, dritten Couverts waren nirgends mehr auffindbar, auch nicht am folgenden Tag, *«weil sie schlicht und einfach nicht existierten»*.

«Stimmen auf dem Gemeindebüro produziert»

Im Walliser Boten erklärte Summermatter dann, die BriefwählerInnen hätten ihre vorher bestellten oder persönlich abgeholten Wahlunterlagen alle auch persönlich im Gemeindebüro abgegeben, beziehungsweise ihm in die Hand gestimmt. Von der Drei-Couvert-Theorie war nicht mehr die Rede. Vielmehr versuchte er die Ungereimheiten nun als verzeihlichen Irrtum darzustellen. Die späteren polizeilichen Ermittlungen jedoch lassen grosse Zweifel an dieser Version aufkommen. Nur für einen einzigen Briefwähler existiert ein schriftliches Gesuch für die Wahlunterlagen in Form eines mit unbeholfener Druckschrift beschriebenen Zettels. Ein Briefwähler und eine Briefwählerin, letztere nota bene damals in Diensten der Bundesrätin Ruth Metzler, behaupten, sie hätten die Wahlunterlagen per Post zurückgeschickt, obwohl auf dem Couvert kein Poststempel, keine Adresse und keine Unterschrift vorhanden ist. Die Vertreter der Unabhängigen Liste hingegen sind der Ansicht, dass die beiden *«faustdick lügen»* und dass deren Stimmen *«auf dem Gemeindebüro produziert wurden.»*

Gemeinderatswahlen Lax 2000: *Haarsträubende Vorgänge auf dem Wahlbüro, aber der Staatsrat und die Justiz finden das nichts Besonderes.*

Zur rechtswidrigen Handlung angeleitet

Drei weitere Briefwähler haben mehrere Tage vor der offiziellen Urnenöffnung auf dem Gemeindebüro gewählt. Zu dieser rechtswidrigen Handlung wurden sie vom Gemeindeschreiber ermuntert, welcher laut Aussagen eines Briefwählers genau erklärte, wie eigentlich brieflich gewählt werden sollte, nämlich per Post. Zudem erklärte dieser Briefwähler, er habe den Übermittlungsumschlag mit seiner Adresse und seiner Unterschrift eigenhändig beschriftet. Seither gilt dieses Übermittlungscouvert, ebenso wie diejenigen der zwei andern Wähler als verschollen, stattdessen lag das anonyme Wahlcouvert in einem Couvert mit der Aufschrift «Gemeinderatswahlen 2000», wie übrigens alle neun brieflichen Stimmzettelcouverts.

Akzeptiert haben der Gemeindeschreiber und der Gemeindepräsident auch in vier weiteren Fällen das Abholen der Unterlagen und die briefliche Stimmabgabe «per Kurier», welche ebenfalls rechtswidrig ist. Aktenkundig ist nämlich die Aussage eines Wählers, der bei den polizeilichen Ermittlungen aussagte, seine Frau habe die Unterlagen auf dem Gemeindebüro abgeholt, die Familie hat dann zu Hause gewählt und die Frau hat daraufhin die Wahlunterlagen aufs Gemeindebüro zurückgebacht. Einen weiteren analogen, ebenso aktenkundigen Fall gab es ebenfalls für eine Person, welche zur Wahlzeit im Spital Brig war. Zudem habe der Gemeindeschreiber Minnig laut Strafanzeige der Unabhängigen Liste in mehreren Fällen die beschrifteten Übermittlungscouverts geöffnet und durch ein eigenes Couvert ersetzt, und somit das Wahlgeheimnis verletzt. Für Gemeinderat Imhof ist klar: Man wollte mit diesen ungültigen Stimmen den zweiten Sitz der Unabhängigen *«um jeden Preis verhindern»*.

Schwarzgeld-Affäre Conto Neri:
Staatsrat J. R. Fournier schützt Bayard weiterhin

Redaktion Rote Anneliese
z. Hd. Herrn Kurt Marti
Postfach 441
3900 Brig-Glis

U/Ref. JRF/RA/ns
I/Ref.
Datum 29. Oktober

Verurteilung von Herrn Paul-Bernhard Bayard

Sehr geehrter Herr Marti

Ihre E-Mails vom 1. September und 27. Oktober 2004 haben wir erhalten und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Gemäss Ihren Informationen wurde Herr Paul-Bernhard Bayard, Betreibungsbeamte des Bezirks Brig durch den kantonalen Untersuchungsrichter zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Somit ist gegen den Betroffenen ein Strafbefehl ergangen. Gemäss 4. Teil der Strafprozessordnung des Kantons Wallis (StPO) handelt es sich daber, um ein besonderes Prozessverfahren, bei welchem eine summarische Untersuchung vorgenommen wird.

Gemäss Artikel 146 StPO kann der Strafbefehl innert 30 Tagen mit Einsprache angefochten werden. Gemäss Ziffer 3 des genannten Artikels fällt der Strafbefehl dahin, soweit er angefochten wird. Danach wird der Handel im ordentlichen Verfahren weiterverfolgt.

Wie von Ihnen dargetan hat Herr Bayard gegen den erlassenen Strafbefehl Einsprache erhoben und dieser wurde somit nicht rechtskräftig. Dementsprechend ist das ordentliche Verfahren im Gange. Solange kein rechtskräftiges Urteil vorliegt, ist es nicht angebracht allfällige Sanktionen gegen den Betroffenen zu erheben, denn bis zum Abschluss des Verfahrens gilt für jeden Beschuldigten die **Unschuldsvermutung**. Folglich stellt sich die Frage allfälliger Sanktionen nicht, da bis anhin keine rechtskräftige Verurteilung vorliegt.

Wir hoffen, Ihnen hiermit gedient zu haben und verbleiben

mit freundlichen Grüssen

Jean-René Fournier, Staatsrat

Brief von Staatsrat Jean-René Fournier: *Die Differenz zwischen einer politischen und einer juristischen Einschätzung nicht begriffen. Es lebe der CVP-Nepotismus!*

(ktm) Der Briger Betreibungs- und Konkursbeamte Paul-Bernhard Bayard bleibt weiterhin in Amt und Würden. Auf Anfrage hat dies der zuständige Staatsrat Jean-René Fournier bestätigt (siehe Brief). Bayard wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil ihm der kantonale Untersuchungsrichter Vergehen gegen die Sozialversicherungsgesetzgebung anlastet. Bayard war VR-Präsident der Möbel Gertschen AG, welche in den 90-er Jahren rund 1,5 Millionen Franken über ein Schwarzgeldkonto bei der Raiffeisen an den Steuerbehörden und an den Sozialkassen vorbeitransferierte, einen Teil davon in der Zeit von Bayard. Die RA hat den Skandal im Februar 2002 aufgedeckt und sogleich ging der Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter an die Arbeit. Die Verdachtsmomente waren so gravierend, dass eine Strafuntersuchung eingeleitet wurde und im vergangenen Sommer das kantonale Untersuchungsrichteramt nach Absprache mit dem Staatsanwalt den Betreibungsbeamten verurteilte.

Rettet sich Bayard in die Pensionierung?

Gegen das Urteil hat Bayard Einsprache erhoben, so dass juristisch gesehen nach wie vor die Unschuldsvermutung gilt. Politisch gesehen, hätte der Staatsrat den Betreibungsbeamten aber schon längst suspendieren können und müssen, bis ein rechtskräftiges Urteil vorliegt. Der Vertrauensverlust in die Amtsperson Bayard ist schon längst eingetreten. Zudem hätte der Staatsrat zeigen können, dass es ihm Ernst ist in der Bekämpfung der Schwarzarbeit, welche den Staat Millionen kostet. Mit dem Schutz von Staatsrat Fournier kann sich der ehemalige Wirtschaftslobbyist und CVP-Politiker Bayard in die Pensionierung retten, denn nun geht das Verfahren über die Staatsanwaltschaft, das Bezirksgericht, das Kantonsgericht und das Bundesgericht weiter.

Zunehmende Aktivität der Nazi-Skins im Oberwallis

Aufmarsch in Leukerbad

OBERWALLIS – **Im August wurde in Zürich die Nazi-Skin-Gruppe Schweizer Nationalisten (SN) gegründet, welche sich auf Einladung von Oberwalliser Nazi-Skins Ende Oktober in Leukerbad trafen. Die Polizei verhinderte gewalttätige Übergriffe auf Mitglieder des Jugendvereins. Auch in Brig-Glis trifft sich die Oberwalliser und Deutschweizer Nazi-Skin-Szene in einem Lokal, welches der Garagist Walter Seewer vermietet. Noch schaut die Polizei zu.**

Von Cyrill Pinto

Am 26. August 2004 wurde in Zürich eine neue Nazi-Skin-Gruppierung gegründet (*siehe Foto*). In Ihrem «Programm» heisst es: «*Wir setzen uns zur Wehr gegen die immer schlimmere Ausländerflut in unserem Land. Wir kämpfen gegen die EU, gegen die UNO und gegen alle Jüdischen Einrichtungen in unserem wunderschönen Land.*» Die Absicht zum Kampf gegen Jüdische Einrichtungen ist ein deutlicher Verstoss gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm und muss von der Justiz entsprechend geahndet werden. Am 30. Oktober reisten SN-Mitglieder zu einem Wochenendgelage nach Leukerbad. Eingeladen hatten Oberwalliser Nazi-Skins. Das Verhalten der gewaltbereiten Jugendlichen beschreibt ein Augenzeuge wie folgt: *«Möglichst viel Aufsehen erregen, Leute anpöbeln, um diese dann in eine Schlägerei zu verwickeln.»*

Vorwarnung aus dem Bundesamt für Polizei

Am selben Abend organisierte der Jugendverein Leukerbad ein Nacht-Unihockeyturnier. Laut Augenzeugen wurden nur durch die starke Präsenz der Polizei Rempeleien und Schlägereien verhindert. Es kam bloss zu Pöbeleien und Provokationen seitens der Nazi-Skins. Ein Blick auf die Homepage der Schweizer Nationalisten und die mittlerweile gelöschten Gästebucheinträge zeigt: Hier sind jugendliche Nazi-Skins mit erheblichem Gewalt-Potential am Werk. Die Walliser Kantonspolizei erhielt eine Vorwarnung der Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Internetkriminalität (KOBIK) im Bundesamt für Polizei. Sie sendete den SN-Aufruf zum Aufmarsch in Leukerbad an die Kantonspolizei Wallis. Diese war am 30. Oktober mit einem Grossaufgebot vor Ort. Die rund 30 aufmarschierten Skins waren zur Hälfte aus dem Oberwallis angereist, die anderen stammten aus den Kantonen Zürich, Basel und Aargau.

Foto: Homepage der Schweizer Nationalisten (SN)

Schweizer Nationalisten mit Hitlergruss: *Durchschnittsalter knapp über 16 Jahre*

Foto: Homepage der Schweizer Nationalisten (SN)

Nazi-Skin-Treffen in Leukerbad:
«22 Kamaraden anwesend, 2 sind am fötele»

Walter Seewer vermietet Nazi-Skin-Lokal

Nachdem sich die Oberwalliser Nazi-Skins bisher in Restaurants von Brig-Glis trafen, mieten sie nun eigene Lokalitäten an der Kantonsstrasse 23 in Glis. Vermietet wird das Lokal von Walter Seewer, Besitzer der SEAT-Garage in Glis. Verständlicherweise lobt Seewer seine rechten Untermieter als *«anständig»*. Er habe mit ihnen *«keine Probleme.»* Die Begründung leuchte sofort ein: *«Die fahren alle Auto.»* Im Lokal treffen sich auch Jugendliche, welche stolz ihre Bewunderung für die rechtsextreme Terrorgruppe Combat 18 auf ihren T-Shirts zur Schau tragen. Damit hat der verantwortliche Mieter des Lokals, Silvan Gex-Collet, überhaupt keine Probleme: *«Jeder muss selbst wissen, wofür er einsteht.»*

Schläger verkehrte in Gex-Collets Lokal

Im letzten August wurde Brokenhaus-Betreiber Toni Summermatter von drei Nazi-Skins in seiner eigenen Wohnung überfallen und tätlich angegriffen. Die Polizei schaute tatenlos zu. Einer der Täter verkehrte regelmässig im Lokal in Glis. Selbstverständlich distanziert sich Lokal-Mieter Gex-Collet von solchen Gewalttätigkeiten. Alles andere würde ja dem Ruf des Lokals schaden. Summermatter hat gegen die drei Schläger, welche in Naters und Visp wohnen, Klage wegen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Rassendiskriminierung eingereicht. Dies bestätigte der zuständige Untersuchungsrichter Bernhard Tenud gegenüber der RA. Summermatter und andere haben die tätlichen Übergriffe durch die Nazi-Skins satt. Deshalb kündigt er die Gründung einer Bürgerwehr an. Verständlicherweise will er die beteiligten Personen nicht mit Namen nennen. Geplant sind laut Summermatter auch Flugblätter, auf welchen Fotos der im Oberwallis bekannten Skins abgedruckt sind.

Warnung der Kantonspolizei an Vermieter

Vor drei Jahren wurden in Brig-Glis geplante Nazi-Skin-Veranstaltungen von der Polizei verboten. In einer Medienmitteilung erklärte die Kantonspolizei, dass Besitzer von Hallen, Unterkünften oder anderen Versammlungslokalen verpflichtet sind, die Verbreitung einer gegen die Menschenrechte verstossenden Ideologie nicht zu begünstigen und im Zweifelsfall die Kantonspolizei zu informieren. Dazu Renato Kalbermatten, Mediensprecher der Kantonspolizei: *«Wenn es doch zu einer Veranstaltung kommt, werden die Vermieter gebüsst.»*

Wussten Sie schon, dass...?

...Caesar Jaeger, der Chef des Briger Handelsregisteramtes, seine Homepage noch nicht ganz im Griff hat?

Caesar Jaeger

Wir wollen es vorerst nicht unterlassen, dem Briger Handelsregister-Führer Caesar Jaeger für seinen grossen Einsatz bei der Einrichtung einer eigenen Homepage zu danken. Allzu lange hat es gedauert. Länger als überall in der Schweiz. Doch jetzt ist alles gut. Fast alles! Denn eine Kinderkrankheit hat die Internet-Site des Handelsregisteramtes: Sie ist nicht à jour! Zum Beispiel die neusten Einträge für die Gertschen Möbel AG und auch die Gertschen Innenausbau AG sind nicht nachgeführt, was man erst merkt, wenn man einen Blick ins Schweizerische Handelsamtsblatt wirft. Aber die RA ist sicher, dass in ein oder zwei Jahren alles klappt. Sonst müsste der Staatsrat wieder einmal Jaegers Gehalt korrigieren.

...das Bezirksgericht Brig einen beachtlichen Lernprozess durchgemacht hat, was die Arbeit des Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard anbelangt?

Reinhard Schwery

Nachdem die Nachlassstundung gegen die Gertschen Möbel AG widerrufen wurde, leitete das Bezirksgericht Brig im Mai dieses Jahres den Konkurs gegen die Firma ein und setzte das Konkursamt Visp als Konkursverwaltung ein. Ein beachtlicher Lernprozess auf Grund der Kritik der Roten Anneliese. Denn der Firmensitz der Gertschen Möbel ist Brig und der zuständige Konkursbeamte wäre Paul-Bernhard Bayard. Es ist noch nicht lange her, da durfte der Betreibungsbeamte Bayard die Gertschen Möbel AG betreiben, deren VR-Präsident er bekanntlich war. Gemäss alter Väter Sitte fand das der damalige Briger Bezirksrichter Reinhard Schwery völlig normal, bis die RA den krassen Interessenkonflikt anprangerte.

Erinnern Sie sich noch?

Eröffnung Spital Brig: Wer kann das bezahlen?

Im September wird in Brig der neue Spital eröffnet. Unsere lokalen Politgrössen werden sich gegenseitig ob des supermodernen Baus loben. Aber was bringt dieser neue Spital der Bevölkerung? War es wirklich notwendig, sowohl in Brig wie in Visp zwei Spitäler auszubauen? Wer wird die hohen Kosten dieses überrissenen Ausbaues der beiden Spitäler tragen? Werden bald einmal die Krankenkassen-Prämien steigen oder müssen gar die Gemeinden mit Subventionen den Spitälern unter die Arme greifen? Wenn man diesen Fragen nachgeht, so sieht die Zukunft alles andere denn rosig aus.

Rote Anneliese vom September 1978

Buchbesprechung

Die Befehlskette

Nach dem 11. September gilt Pulitzer-Preisträger Seymour M. Hersh als Chef-Enthüller Amerikas. Seymour deckte auf, wie und warum die Geheimdienste vor dem 11.September versagten, wie die angeblichen Beweise für Saddams nie gefundene Massenvernichtung fabriziert wurden, was wirklich in Guantànamo geschah, wie Donald Rumsfeld ganz persönlich den Irakkrieg führte. Er war es, der die Folterungen im Abu-Ghraib-Gefängnis enthüllte und die Entwicklung der Befehlskette bis ganz oben verfolgte – bis ins Pentagon zu Rumsfeld und ins Weisse Haus zu George W. Bush.

Und schliesslich stiess er bei seinen Recherchen auf ein supergeheime Spezialtruppe, die auf der ganzen Welt mutmassliche al-Qaida-Leute jagt, ermordet oder durch Folter zum Reden bringt. Stück für Stück legt er in seinem neusten Buch *«Die Befehlskette»* dar, wie die Bush-Administration die nachrichtendienstlichen Informationen manipulierte und damit sich selbst ebenso täuschte wie das amerikanische Volk.

Er holt sich seine Informationen von guten, altmodischen Anhängern der amerikanischen Verfassung. Er hat festgestellt, dass man Menschen nicht nach Ihrer politischen Anschauung beurteilen darf: «Ausschlaggebend ist: Sind sie integer oder nicht?» Beim Lesen dieses Buches kommt man zum Schluss: Das Weisse Haus bekämpft den Terror mit eigenem Terror!

Von Marie-Theres Kämpfen
Buchhandlung Wegenerplatz

Seymour M. Hersh
Die Befehlskette
Vom 11. September bis Abu Ghraib
Verlag Rowohlt:
Fr. 29.80
ISBN 3-498-02981-9

Benno Tscherrigs Methoden 1:
Provozieren und zurückkrebsen!

(ktm) Am 23. Juni 2004 wurde das insieme-Kader von Präsident Benno Tscherrig und seinem externen Berater Alain Tscherrig über die geplanten Restrukturierungen informiert. Dabei provozierte das Tscherrig-Duo die langjährigen insieme-MitarbeiterInnen mit Vorwürfen und Anschuldigungen der gröbsten Art, namentlich Mobbing, Filz, Machtmissbrauch und Decken von Betreuungsfehlern wie Übergriffe auf Betreute. In mehreren Briefen an den insieme-Vorstand wiesen zehn Kader-Mitglieder und eine grosse Mehrheit der Belegschaft die pauschalen Anschuldigungen als *«nicht belegt»* zurück. Sie forderten Tscherrig auf, *«die Vorwürfe zu belegen oder auf angemessene Weise zurückzuziehen.»* Andernfalls ergreife man rechtliche Schritte. Die Schreiben gingen ebenfalls an Staatsrat Thomas Burgener, welcher Benno Tscherrig umgehend aufforderte, vor allem zum Vorwurf des Übergriffs Stellung zu nehmen. Burgener stellte ob der strafrechtlich relevanten Vorwürfe die Frage, ob bereits Anzeige erstattet worden sei.

Vom Gedächtnis manchmal im Stich gelassen

Nur drei Tage später erhielten alle insieme-MitarbeiterInnen ein fünfseitiges Papier, worin Tscherrig wortreich den Schwanz einzog: *«Wir wissen, dass uns bei Informationsanlässen neben der eigenen Wahrnehmung manchmal das Gedächtnis im Stich lässt.»* Vom strafrechtlich relevanten Vorwurf des *«Übergriffs auf Betreute»* war in Tscherrigs Schreiben überhaupt nicht mehr die Rede. Und er stritt kategorisch ab, dass er je von einem *«Decken von Fehlern»* gesprochen habe. Er habe lediglich vom *«Verschweigen von Fehlern»* gesprochen, was ein erheblicher Unterschied sei: *«Beim Decken geht es um eine aktive, bewusste Handlung mit Vorsatz, beim Verschweigen geht es mehr um die Kultur im Umgang mit Fehlern.»* dreht er die Worte durch den Fleischwolf. Der Trick ist durchsichtig: Weil er den Vorwurf des Deckens nicht an einem konkreten Fall belegen konnte, zog er sich wedelnd ins Allgemeine zurück. Denselben kläglichen Rückzieher fabrizierte er mit den Vorwürfen des Mobbing.

Scharfe Rüge von Staatsrat Thomas Burgener

Ebenfalls Staatsrat Burgener erhielt als Kopie das Schreiben. Auf seinen Brief erhielt er hingegen keine Antwort von Tscherrig, insbesondere auf den Vorwurf des Übergriffs. Zwei Monate später im September schrieb Burgener an Tscherrig, ein solches Verhalten könne er *«nicht akzeptieren.»* Darauf kam eine Aussprache zu Stande, an der auch das insieme-Kader anwesend war und wo Tscherrig den Vorwurf des Übergriffs mündlich zurückzog, wie die Zentrumsleiter bestätigen. Auf jeden Fall haben die Zentrumsleiter bis heute keine Kenntnis von einer strafrechtlichen Untersuchung. Anwalt Tscherrig hatte sich weit aus dem Fenster gelehnt und war unsanft auf die Nase gefallen.

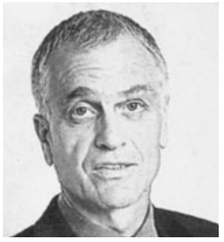
Insieme-Vorstand zerstört funktionierende Struktur in der Behindertenbetreuung

Experte warnt vor Benno Tscherrigs Rosskur!

OBERWALLIS – **Der Vorstand des Vereins zur Förderung geistig Behinderter (insieme) unter der Führung von Benno Tscherrig will die Behindertenbetreuung völlig umkrempeln und hat fast alle Kaderstellen gestrichen. Aber jetzt stehen die insieme-DilettantInnen selbst im Regen! Ausgerechnet der Experte, welcher die Behindertenbetreuung im Auftrag des Bundes überwacht, kommt in seinem neusten Bericht zum Schluss: Die Struktur im Erwachsenenbereich hat sich bewährt und er warnt eindringlich vor den Folgen der Rosskur.**

Von Kurt Marti

Damit haben insieme-Präsident Benno Tscherrig und der insieme-Vorstand überhaupt nicht gerechnet: Der Überwachungsbericht des Qualitäts-Management-Experten Kurt Baltensperger warnt eindringlich vor den Folgen der laufenden Umstrukturierung bei insieme Oberwallis: *«Es ist zu befürchten, dass die rigorosen personellen Veränderungen zum Verlust von viel Knowhow führen, was die Betreuungsqualität nachhaltig beeinträchtigen könnte.»* Baltensperger von der Beratungsfirma Société Générale de Surveillance SA überwacht im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) insieme Oberwallis. Das sogenannte Zertifizierungsaudit dient als Kriterium für die Ausrichtung der Bundessubventionen.



Benno Tscherrig unter Druck: *insieme ist nicht «auditierbar», weil er als Stiftungsratspräsident zu stark in die Geschäftsleitung eingreift*

Wohnheim Holowi/Glis für erwachsene Behinderte: *QM-Experte Kurt Baltensperger fordert eine Weiterführung der gut funktionierenden Struktur*

Bewährte Struktur wird zerschlagen

Wie die Medien im September berichteten, hat insieme Oberwallis acht Kaderleuten gekündigt und auch deren Stellen aus dem Organigramm ganz gestrichen. Zudem sollen die sechs Wohn- und Beschäftigungszentren in drei Abteilungen zusammengeführt werden, womit die Bereiche Wohnen und Beschäftigung wieder auseinander gerissen werden, nachdem diese gerade erst vor zwei Jahren zusammengeführt wurden. Dieser Restrukturierung widerspricht SGS-Experte Baltensperger frontal. Sowohl in seinem Zertifizierungsbericht im Jahre 2003, als auch im Überwachungs-Audit von Ende September 2004, lobt der ausgewiesene Experte in Behindertenbetreuung, *«dass die Kommunikation zwischen Wohn- und Arbeitsbereich sehr gut klappt.»* Dies habe ganz klar mit der Zusammenführung von Wohnen und Beschäftigung zu tun, was auch die insieme-MitarbeiterInnen mehrfach bestätigt haben.

Kritische Abweichungen von Bundes-Norm

Wenn die Kader-Mitglieder auf Ende Jahr den Betrieb verlassen, dürfte laut Baltensperger *«eine geordnete Einführung neuer MitarbeiterInnen schwierig sein.»* Zudem sei die geforderte Trennung von Vereinsvorstand und operativer Leitung nicht gewährleistet. Der Vereinspräsident Benno Tscherrig greife *«massiv ins operative Geschäft ein»*, was als *«kritische Abweichung von der BSV/IV-Norm 2000»* zu bewerten sei. Baltensperger folgert in seinem Bericht, dass insieme Oberwallis aufgrund der kritischen Abweichung *«nicht auditierbar ist.»* Und er fordert unmissverständlich, dass für die Aufrechterhaltung des Zertifikats die BSV-Bedingungen bis Ende Jahr eingehalten werden müssen. Bei der Überprüfung im Dezember werde er speziell ein Augenmerk auf folgende vier Punkte richten:

1. Die personelle Konstanz muss im Interesse einer guten Betreuung erhalten bleiben.
2. Die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen müssen wieder klar geregelt sein und diese Regelungen müssen auch faktisch gelten.
3. Die strategische und operative Führung muss klar getrennt sein.
4. Die Einführung neuer MitarbeiterInnen muss gewährleistet sein.

Tscherrig-Plan gefährdet Bundessubventionen

Obwohl der SGS-Experte seit mehr als einem Jahr an der Arbeit ist, hat Tscherrig und der insieme-Vorstand einen eigenen Experten in der Person von Alain Tscherrig engagiert, dessen Restrukturierungs-Vorschläge in krassem Widerspruch zur Einschätzung des bisherigen Experten Baltensperger stehen. In Alain Tscherrigs Massnahmenplan ist der Punkt 6 besonders interessant. Dort wird gefordert, dass das Qualtitätsmanagement (QM) mit Baltensperger unbedingt bis Herbst erfolgreich abgeschlossen werden müsse, weil sich der Bereich Erwachsene *«keine rechtlose Zeit erlauben könne.»* Auch Benno Tscherrig verweist in seinem Info-Blatt vom letzten Sommer auf die Wichtigkeit des erfolgreichen QM-Abschlusses. Der Grund ist klar: Es geht um die Einhaltung der Bedingungen für die Bundessubventionen. Diese Fakten zeigen klar, wie kopflos und dilettantisch die insieme-Restrukturierung aufgezogen ist. Mit der Rosskur werden gar die Bundessubventionen gefährdet!

Der insieme-Vorstand

- **Benno Tscherrig, Präsident**
- **Nicole Ruppen, Vizepräsidentin**
- **Josef Fux**
- **Josianne Wyssen**
- **Alain Wimmersberger**
- **Heidi Jossen**
- **Esther Pfammatter**

Tscherrig: Keine Rechenschaftspflicht!

Die RA hat insieme-Präsident Tscherrig um eine Stellungnahme zum Experten-Bericht gebeten. Seine Antwort: *«Der Vorstand wird die von Ihnen geäusserten Bedenken und Fragestellungen zur Kenntnis nehmen, obschon er Ihnen in keiner Art und Weise rechenschaftspflichtig ist.»* Kein Mensch hat je behauptet, insieme sei gegenüber der RA rechenschaftspflichtig, aber eine aus der Bundes- und Kantonskasse subventionierte Institution ist der Öffentlichkeit Antworten schuldig. Tscherrig bekundet offenbar nicht nur mit der Meinungsfreiheit in seinen Betrieben grosse Mühe, sondern auch mit der Pressefreiheit. Seine Rechenschaftspflicht absolviert Tscherrig lieber auf der Redaktion des WB, wo er über eine bereitwillige Informationstruppe verfügt.

Benno Tscherrigs Methoden 2:
Verdrehen und einschüchtern!

(ktm) Benno Tscherrig sagt es jedem, der ihm noch halbwegs zuhört: Die insieme-MitarbeiterInnen haben die laufende Rosskur selber gewünscht und stehen dahinter. Davon kann keine Rede sein. Zwar haben sich die MitarbeiterInnen und das Kader offen für Veränderungen gezeigt, doch die laufenden Reformen hat das Kader und die grosse Mehrheit der Belegschaft abgelehnt. 75 Prozent der MitarbeiterInnen haben eine Petition unterschrieben, welche sich gegen Tscherrigs Pläne wendet. Auch der QM-Experte Kurt Baltensperger hält in seinem Überwachungsaudit vom September fest, dass *«eine grosse Mehrheit des Personals mit dem Vorgehen des Vorstandes nicht einverstanden ist.»*

Beinahe sektenhaftes Bekenntnis

Laut Insider-Informationen ist es Tscherrig offenbar gelungen, dass ein Viertel der MitarbeiterInnen eine Gegen-Petition unterschrieben hat, welche sich für Tscherrigs Pläne ausspricht. Frei nach dem Motto: Teile und herrsche! Kritische Stimmen hält sich Tscherrig durch Verwarnungen und Entlassungen vom Leib. So grenzt es an Erpressung, wenn Tscherrig zuerst der Geschäftsleitung und den opponierenden ZentrumsleiterInnen kündigt und ihnen dann eine Absichtserklärung unter die Nase hält, in der sie ein beinahe sektenhaftes Bekenntnis unterschreiben müssen, falls sie überhaupt zu Verhandlungen für eine andere Stelle zu gelassen werden. Und das tönt so:

- Ich akzeptiere die beschlossenen Massnahmen.
- Ich verspreche meine Funktion gemäss Pflichtenheft wahrzunehmen.
- Ich werde die Umstrukturierung weder negativ beeinflussen noch verhindern.
- Ich verpflichte mich zur Loyalität gegenüber dem Arbeitgeber.
- Ich erkläre mich bereit, mich konstruktiv und lösungsorientiert einzugeben.
- Ich nehme Abstand, Mitarbeitende negativ zu beeinflussen.

Ein «partnerschaftliches Verhältnis» der eigenen Art

Und im Gegenzug verspricht Tscherrig die Aufnahme von Wiederanstellungs-Verhandlungen und den Aufbau eines *«partnerschaftlichen Verhältnisses.»* Was Tscherrig mit dem *«partnerschaftlichen Verhältnis»* meint, wird sonnenklar, wenn man versucht, mit insieme-MitarbeiterInnen zu sprechen: Niemand ist bereit, überhaupt eine Aussage zu machen. Alle sind eingeschüchtert. Die Meinungsfreiheit ist aufs gröbste eingeschränkt. Selbst die Mitglieder des Vorstandes, mit welchen die RA Kontakt aufgenommen hat, laufen mit einem Maulkorb herum. Ein Vorstandsmitglied musste sich den brisanten QM-Bericht (siehe Hauptartikel) vorerst auf dem Latrinenweg beschaffen, ehe er auch offiziell eintraf. Ein anderes Mitglied kann sich über den Inhalt nicht äussern, weil es diesen noch nicht gelesen hat. Tscherrig versuchte indessen vergeblich zu verhindern, dass der QM-Bericht den Weg auf das RA-Pult fand.

Gemeinde Bitsch:
Präsident und Schreiber nerven ahnungslose BürgerInnen

Zwei «schlaue» Füchse im Hühnerstall!

BITSCH **– Nachdem die bürgerlichen Gemeinderäte dem oppositionellen Forum nicht mit Argumenten beikamen, versuchten sie es mit Schikanen. Doch Gemeindepräsident Guido Walker und sein Schreiber Rico-Henri Schmidt mussten einsehen, dass auch das Schikanieren ordentlich gelernt sein will, andernfalls die Sache in die Hosen geht. Die Rede ist von zwei Füchsen und einem Hühnerstall.**

Von Kurt Marti

Im August 2003 teilte die Gemeinde Bitsch der Grundeigentümerin X. per eingeschriebenem Brief mit, dass für den Hühnerstall auf ihrer Parzelle die Baubewilligung fehle und dafür ein Baugesuch im Nachvollzugsverfahren einzureichen sei. Doch Frau X. hatte mit dem Hühnerstall nichts zu tun, ausser dass ein Hühnerauslauf (nicht ein Hühnerstall) auf ihrem Boden stand. Unterschrieben war der Brief vom Bitscher Gemeindepräsident Guido Walker und vom Gemeindeschreiber Rico-Henri Schmidt, welche offenbar über die formellen Gepflogenheiten des Baugesetzes nicht im Bilde sind. Sonst hätten sie den Brief nicht der Grundeigentümerin, sondern dem rechtlich verantwortlichen Bauherren, dem SBB-Angestellten Daniel Salzmann geschickt.

Plötzlich kam die Baubewillung zum Vorschein

Doch das ist erst der Anfang der bühnenreifen Posse gegen Salzmann, welcher Mitglied des oppositionellen Bitscher Forums ist. Salzmann war sich seiner Sache sofort sicher, denn er hatte für den Hühnerauslauf 1995 ein ordentliches Baugesuch bei der Gemeinde eingereicht und im selben Jahr die Baubewilligung erhalten. Später wurde der Hühnerauslauf von der kommunalen Baukommission abgenommen und für vorschriftsgemäss befunden. Als Salzmann auf dem Gemeindebüro seine Baubewilligung für seinen Hühnerauslauf vorwies, machten sich Walker und Schmidt in Ihrem Hühnerstall auf die Suche nach der Baubewilligung. Und siehe da, das Baugesuch und die Baubewilligung kamen zum Vorschein. Nun schaltete sich Forums-Gemeinderat Gustave-Rupert Haenni in die Diskussion ein, denn schliesslich ist er der Chef des Bau-Ressorts und Präsident der Baukommission. Walker und Schmidt hatten über seinen Kopf hinweg die ganze Aktion gegen Salzmann durchgeführt, was Haenni in einem Brief an die beiden Urheber mit scharfen Worten verurteilte.

Füchse planen zweiten Angriff auf den Hühnerauslauf

Doch die Füchse Walker und Schmidt gaben sich noch lange nicht geschlagen. Statt sich bei Salzmann zu entschuldigen, setzten sie zu einem neuen Anlauf an. Wiederum vorschriftswidrig adressierten sie ihr Begehren an die Grundeigentümerin und behaupteten nun, der Hühnerauslauf sei nicht gemäss Baugesuch errichtet worden. Obwohl sie in der Zwischenzeit die *«fehlende Baubewilligung»* gefunden hatten, hielten sie faktenwidrig fest: *«Unser Schreiben vom August 2003 hat demzufolge weiterhin Gültigkeit.»* Wiederum verlangten sie vorschriftswidrig von der Grundeigentümerin und nicht vom Bauherren Salzmann ein Abänderungsverfahren im Nachvollzug. Zudem zeigten sich Walker und sein Schreiber im Brief an die Grundeigentümerin *«erstaunt, dass Gemeinderat Haenni G. Rupert hierzu Stellung nimmt.»* Und kurzum empfehlen sie ihr, *«das Schreiben von Herr Haenni zu ignorieren»*, nicht ohne sich für Haennis Schreiben in aller Form zu entschuldigen.

Laien erklären dem Präsidenten das Baugesetz

Dann bleibt es fast ein Jahr ruhig, bis im vergangenen Juli der neuste Angriff eingeleitet wurde. Wiederum schreiben Walker und Schmidt gesetzeswidrig die Grundeigentümerin an und machen sie *«darauf aufmerksam, dass Sie als Eigentümer verantwortlich sind.»* Im Namen der Gemeinde fordern sie die Grundeigentümerin sogar auf, die Wiederherstellung bis Ende August beim Bauherren durchzusetzen! Falls die Frist nicht eingehalten werde, sehe sich die Gemeinde gezwungen, *«zu Ihren Lasten eine Wiederherstellungsverfügung mit Bussenverfügung auszusprechen.»*

Der Hühnerauslauf links neben dem Stall:
Nach acht Jahren forderte die Gemeinde eine Baubewilligung, welche schlussendlich zum Vorschein kam.

Nun wurde es dem Bauherren Salzmann und der Grundeigentümerin doch zu bunt und sie schrieben dem Gemeindepräsidenten: *«Wir finden es penibel, dass wir Laien den Gemeinderat von Bitsch auf den ordentlichen Vollzug des Baugesetzes aufmerksam machen müssen.»* Und sie führen an, dass erstens gemäss Baugesetz nicht die Grundeigentümerin, sondern der Bauherr Ansprechperson für die Behörde ist und dass zweitens der Hühnerauslauf in der Landwirtschaftszone gelegen sei und folglich die Kantonale Baukommission dafür zuständig ist. Präsident Walker will dazu keine Stellung nehmen und versteckt sich hinter dem Amtsgeheimnis.

Politische Retourkutsche für Forums-Mitglied

Für Salzmann war schon längst klar, wieso der Hühnerstall ins Visier von Walker und Schmidt gerieten: Es war seine Mitgliedschaft beim oppositionellen Forum Bitsch. Als seine Frau von der Vizepräsidentin Myriam Urdieux angefragt wurde, eine Vormundschaft zu übernehmen, konfrontierte sie Urdieux mit den Schikanen des Präsidenten und des Schreibers. Darauf habe Urdieux achselzuckend erwidert, das sei nun die Retourkutsche für die Attacken des Forums gegen die bürgerlichen Gemeinderäte. Seit dem Sommer herrscht wieder Funkstille. Salzmann hält im Hühnerauslauf und im danebenliegenden Hühnerstall längst keine Hühner mehr und hat dies auch in Zukunft nicht mehr vor. Ein politischer Hühnerstall ist genug!

Illegale Kehricht-Deponie oberhalb Naters

Alles andere als Bohnen!

NATERS **– Auf der Deponie Bohnenloch oberhalb Naters werden alles andere als Bohnen deponiert. Die unbewilligte Innertstoffdeponie wird von einigen BürgerInnen als kostengünstige Kehrichtdeponie missbraucht. Die RA ertappte mehrere UmweltsünderInnen auf frischer Tat. Die Gemeinde sprach darauf eine Busse aus. Zusammen mit dem Kanton will sie nun das Problem in den Griff bekommen.**

Von Kurt Marti

Es ist ein schöner Herbsttag Anfang Oktober. Vor dem geschlossenen Tor der Deponie Bohnenloch oberhalb Naters wartet eine Kolonne von Autos und Range Rovern mit und ohne Anhänger. Punkt 14.00 Uhr öffnet der Kontrolleur des Bauamtes das Einfahrtstor und auf dem Abfallkegel beginnt ein munteres Treiben. Ein Natischer Bürger steigt aus seinem Audi A4 und wirft vor den Augen des RA-Reporters zwei Säcke Hauskehricht den Hügel hinunter in die Büsche. Dann entnimmt er dem Kofferraum einen offiziellen Kehrichtsack des Gebührenverbundes Oberwallis und leert seinen Hausabfall auf die Deponie (siehe Foto). Noch bevor der Kontrolleur am Tatort eintrifft, hat der Täter bereits das Weite gesucht. Aufgrund der Autokontrollnummer konnte er einwandfrei identifiziert werden. Der Gemeindearbeiter hatte die leidige Pflicht, den Kehrricht aufzuheben und dem Besitzer zurückzubringen. Wie Vize-Gemeindeschreiber Bruno Escher bestätigt, wurde der Umweltsünder inzwischen gebüsst.

Müllhalde in kurzer Distanz zur Agglomeration

Ein weiterer Bürger entnahm seinem Kofferraum prall gefüllte Malerkessel mit diversen Hausabfällen, darunter auch Plastik und Überkleider. Auch hier schritt der Kontrolleur ein und zwang den Mann, einen Teil seiner Abfälle wieder nach Hause zu nehmen. Ein weiterer Bürger entleerte seinen Anhänger voller Kunststoffplatten auf den Müllhaufen. Er wurde gemahnt, so etwas nicht mehr zu liefern. Weitere Personen lieferten korrekterweise Grünabfälle und Innertstoffe an. Ein Blick den Abfällhügel hinauf und hinunter genügte, um festzustellen, dass es sich bei den ertappten Sündern um keine Einzelfälle handelt. Dort liegen Abfälle aller Art wie die Fotografie zeigt. Das Bauamt liess verlauten, dass das Deponieren solcher Abfälle nicht erlaubt ist. Das Gelände sei eingezäunt, doch es komme *«immer wieder vor, dass Leute den Kehricht unsachgemäss entsorgen, um Gebühren zu sparen.»* Das ist nicht weiter verwunderlich, denn in der Nähe des Eingangstores hat man offenbar absichtlich einen zwei Meter grossen «Seiteneingang» offengelassen.

Bauchef Ambros Ritz: Deponie nicht unter Kontrolle

Laut Frédéric Zuber, Sektionschef Abfälle beim kantonalen Umweltschutzamt, hat die Gemeinde für die Deponie Bohnenloch *«die erforderlichen Bewilligungen noch nicht.»* Das Problem sei erkannt und im letzten Frühling habe der Kanton mit der Gemeinde Kontakt aufgenommen, *«damit die Deponie saniert und regularisiert werden kann.»* Wie Zuber bestätigt, ist auch der Kanton im Besitz einer Fotodokumentation. Solche Zustände würden vom Kanton nicht mehr akzeptiert. Zur Zeit lässt die Gemeinde von einem Ingenieurbüro ein Konzept ausarbeiten, um beim Kanton eine ordentliche Bewilligung einzuleiten. Das wird höchste Zeit, den das Bauamt unter Gemeinderat Ambros Ritz hat den Abfallhügel nicht unter Kontrolle.

Bohnenloch:
Beim Kehricht-Sünder handelt es sich nicht um einen Einzelfall.

Abfälle aller Art: *Bürger leert seinen Hauskehricht auf die Halde und nimmt den Gebührensack mit nach Hause!*

Agglo-PräsidentInnen Amherd und Nanzer:

Zusammenarbeit, dass es staubt und kracht!

BRIG-GLIS/NATERS/GAMSEN – **Nachdem der Natischer Bauunternehmer Armand Imhof die Bauabfälle des Restaurants Continental in der Fromatta illegal versenkt hatte, musste er diese wieder herausbaggern. Dann begann die Geschichte von der Zusammenarbeit der «Agglo Brig-Glis Naters». Zum Leidwesen der geplagten AnwohnerInnen in Gamsen.**

Von Kurt Marti

Eine unsaubere Geschichte kommt selten allein: Als der Bauunternehmer Armand Imhof die illegal verlochten Bauabfälle in der Fromatta (*siehe RA, Nr. 184*) abtransportieren sollte, fragte er sich, wo er diese brechen und schreddern sollte, wie es Vorschrift ist. Weil Imhof in Gamsen bei der Turnhalle das Areal Fux gehört, fragte er die Gemeinde Brig-Glis um eine Bewilligung an, welche ihm von der Bauchefin und Präsidentin Viola Amherd auch erteilt wurde. Weil in Naters keine Gelegenheit dazu war, haben die beiden Präsidentinnen Edith Nanzer und Amherd schnell geschaltet und ihre Agglo-Philosophie in die Tat umgesetzt.

Nanzer und Amherd: *An der Agglo-Idee muss noch gefeilt werden!*

Brechen und Schreddern direkt neben Wohnhäusern

Allerdings haben die beiden ein paar Details übersehen: Mit der IG Gamsen ist nicht gut Kirschen essen, wenn man ihr noch mehr Staub und Lärm direkt vor die Haustüre setzt. Zudem haben Amherd und Nanzer gutgläubig angenommen, der Bauunternehmer Imhof halte sich wie ein Sängerknabe an die Noten der Agglo-Gemeinde. Und drittens hatte die Agglo-Gemeinde gar keine festgeschriebenen Vorschriften, was ein Brecher und Schredderer alles darf beziehungsweise nicht darf.

Dann lief alles ab, wie es kommen musste. Die Baufirma Armand Imhof begann eines schönen Julimorgens um 6.00 Uhr mit dem Baggern, Holzbrechen und Steinschreddern, als hätte das Ende der Welt geschlagen. Und dies nur wenige Meter (*siehe Foto*) von bewohnten Häusern entfernt. Weil angeblich das Wasser zu teuer war, verzichtete Imhof auf eine Berieselung und folglich wurde die Umgebung mit einer dicken Staubschicht überdeckt. Zudem flogen bis zu 40 cm lange Holzstücke durch die Luft und die Erde zitterte. Darauf läutete die IG Gamsen im Briger Schloss Sturm. Von den Reklamationen der AnwohnerInnen und der Gemeinde liess sich Imhof derweil nicht gross beeindrucken.

Unglaubliche Ignoranz: *So nahe bewilligte die Gemeinde Brig-Glis einen Steinbrecher und eine Holzschredderanlage.*

Diese Bewilligung war sicher nicht korrekt

Nach dieser ärgerlichen Aktion wachte der Gemeinderat von Brig-Glis auf und beschloss im August eiligst neue Vorschriften für Brech-, Häcksel- und Schredderanlagen. Unter anderem dürfen solche Anlagen *«nicht unmittelbar an die Wohnzone angrenzen.»* Damit gibt der Gemeinderat nachträglich zu, dass die Bewilligung für Imhofs Arbeiten nicht den Vorschriften entsprach. Es ist unbegreiflich, dass solche Vorschriften in der grössten Agglomeration des Oberwallis erst auf Druck einer geplagten Dorfschaft beschlossen werden, wenn man bedenkt, dass es in dieser Gegend nicht wenige von diesen Schreddern und Steinbrechern gab und gibt.

Auf dem Bild rechts haben sich 10 Fehler eingeschlichen. Wer entdeckt Sie?

Tod und Unterdrückung in Ecuador

Die Pest und die USA wüten

ECUADOR – **Jeremias Gotthelf hat sie in seinem Werk «Die schwarze Spinne» thematisiert, doch heute ist sie bei uns schon längst besiegt: Die Pest. Doch in Ecuador bricht sie immer wieder epidemieartig aus und fordert Menschenleben von der Küste über die Anden bis hin in die Amazonasgebiete. Aber nicht nur die Pest wütet im Land rund um den Äquator, sondern auch die nordamerikanische Wirtschaft, welche unterstützt durch Militär und Marine seit 1999 das Land dominiert.**

Hauptstadt Quito: *Schlechte hygienische Bedingungen führen zum Ausbruch der Pest.*

Von Ricardo Torres Gavela

Die Pestbeule, die blutvergiftende Pest oder der schwarze Tod wird die Epidemie genannt, welche aus dem Yersin-Bazillus entsteht. Der Bazillus wurde nach dem Schweizer Mikrobiologen Alexander Yersin benannt. Er bezeichnete die Krankheit als infektiös und ansteckend, nachdem er den Bazillus während einer Epidemie in Hongkong studieren konnte. Die Epidemie, welche sich durch einen Parasiten auf den Menschen überträgt, taucht laut den ersten Dokumenten in Ecuador Anfang 1908 im Hafen von Guayaquil auf, von wo sie sich auf die weiteren umliegenden Provinzen ausbreitete.

Armut führt zum Ausbruch der Pest

Zwischen 1909 und 1929 kam die Pest über den Landweg bis in die Anden, wo sie vor allem die Menschen in den Regionen Chimborazo, Tungurahua, Bolivar und Cotopaxi infizierte. Immer wieder treten neue Epidemien auf. Von 1908 bis 1939 sind 11 828 Fälle bekannt, 5 135 Menschen kommen ums Leben. Zwischen 1940 und 1959 werden 1 171 infizierte Menschen und 269 Todesfälle registriert. Zwischen 1960 und 1976 schlägt die Pest in Chimborazo zu und bis 1999 hat sie sich wieder bis zur Küstenregion ausgebreitet.

Aufgrund der schlechten sanitären Bedingungen und der Armut der indigenen Bevölkerung bricht im Mai dieses Jahres erneut eine Epidemie aus. Epidemiologische Studien bestätigen, dass es sich hierbei um den Yersin-Bazillus handelt.

Armut auf dem Lande: *Der amerikanische Freihandel wird die Menschen noch ärmer machen.*

Zweite Pest: USA setzt giftige Gase ein

Aber dies ist nur eine der Plagen, welche das südamerikanische Land heimsuchen. 1999 verliert Ecuador die finanzielle Autonomie durch die Dollarisierung des Landes, welche die bisherige Währung «Sucre» ablöst und die Mittel- und Unterschicht in eine tiefe ökonomische Krise wirft. Im November gleichen Jahres installiert die USA einen militärischen Stützpunkt im Hafen von Manta. Ecuador ist seither Teil des nordamerikanischen, militärischen Plans, welcher eher unter «Plan Colombia» bekannt ist, mit dem Zweck, die aufständischen Kräfte Kolumbiens zu bekämpfen. Seither leidet die ecuadorianisch-kolumbianische Grenze unter permanenter Ausräucherung der angrenzenden Zone mit «Gilfosato», einem giftigen, chemischen Gemisch, welches eingesetzt wird, um die Coca-Plantagen von Putumayo zu vernichten, in Wirklichkeit den meisten Schaden allerdings an Vegetation, Tier und Mensch hinterlässt.

Amerikanische Marine zerstört kleine Fischerboote

Diese «Pest» verbreitet sich einmal mehr und zwar diesmal auf den Gewässern des territorialen Meeres. Seit 2001 bis heute wurden zahlreiche Fischerboote ecuadorianischer Herkunft von nordamerikanischen Fregatten innerhalb der ecuadorianischen Nautik, welche der einheimischen Souveränität untersteht, zerstört. Der einheimische Fischer Carlos Llorente reichte bei der Küstenwache der USA Klage ein, da sein täglicher Fang von der amerikanischen Marine abgefangen wurde, während diese selbst 120 Meilen von Galapagos entfernt auf Fischfang war und dabei kleinere Schiffe zerstörte. Auch der lateinamerikanische Menschenrechtsverband ALDHU erstattete Anzeige, weil zahlreiche ecuadorianische Fischerboote durch die nordamerikanischen Fregatten zerstört wurden.

USA unterjocht Lateinamerika mit Marktgesetzen

Die USA rechtfertigt ihr Handeln damit, dass kolonialpolitisch betrachtet die Fischer die reguläre Zirkulation von amerikanischen Panzerschiffen hemmen. Diese «Pest» wird sich in Ecuador noch weiter ausbreiten und den Ecuadorianern noch weitere Wunden zufügen, wenn erstmals der Freihandelsvertrag TLC und das amerikanische Freihandelsabkommen ALCA rechtskräftig sind, was den sicheren Tod der ecuadorianischen Wirtschaft und die absolute Unterjochung der Lateinamerikaner unter nordamerikanische Marktgesetze bedeutet.

Übersetzung: Martina Schild

Gilles Deleuze / Félix Guattari

Begehren, Wunschmaschinen, Fluchtlinien, Verkettung

Gilles Deleze (1925–1995) und Félix Guattari (1930–1992) sind mit ihren Werken wie «Anti-Ödipus» oder «Tausend Plateaus» nicht nur in akademischen Kreisen bekannt geworden, sondern haben in so diversen Gebieten wie Musik, Film, Kunst, Literatur, und Architektur tiefgreifende Diskussionen ausgelöst. Sie haben neue, eigenständige Begriffe wie Begehren, Wunschmaschinen, Fluchtlinien, Verkettung, Gefüge usw. zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeführt. Sie sehen die Gesellschaft nicht nur durch Widersprüche bestimmt. Sie gehen davon aus, dass eine Gesellschaftsformation vor allem durch Fluchtlinien gekennzeichnet ist. Das Gesellschaftliche wird zwar als ein vollständig zusammenhängendes Feld betrachtet. Gleichzeitig wird das Funktionieren des Kapitalismus derart verstanden, dass dieser Integrationsmaschine stets etwas entweicht und entwischt.

VON HILAR EGGEL

Wunsch und Begehren

Zu den grundlegenden Ideen im Denken von Deleuze und Guattari gehören die Begriffe «Wunsch» und «Begehren», die ungeahnte Felder öffnen und erschliessen. Die Fähigkeit, zu wünschen und zu begehren, wird als produktive und revolutionäre Kraft gesehen. Bei jedem Menschen existiert die Möglichkeit eines Wunschflusses. Der Wunsch ist in der Lage – wenn er als Fluss aufrecht erhalten wird – bestehende Codes und vorfabrizierte Rollen und Schemata (ich bin eine Frau, ich bin ein Mann, ein Kind und werde mich dementsprechend verhalten) zu durchbrechen. Deleuze und Guattari stellen fest: «Es gibt nur den Wunsch und das Gesellschaftliche, sonst nichts.» In dieser positiven Besetzung des Begehrens ist alles real, wirklich – ein Gedanke, ein Traum, ein Arbeitstag genau so wie die heimlichen Phantasien von Beamten, Finanziers oder Geistlichen.

Die Autoren gehen zugleich davon aus, dass sich jede Gesellschaftsformation (Disziplinargesellschaft oder Kontrollgesellschaft u.a.) in einem ständigen Prozess befindet. Dabei entstehen Brüche und Unruheherde, die ermöglichen, dass die Energien des Wunsches in sogenannten Fluchtlinien freigesetzt werden. Hierbei können Machtmechanismen durch Formen des Widerstandes unterlaufen werden. Im Denken von Deleuze und Guattari stehen die Begriffe «Begehren» und «Wünschen» an erster Stelle. Sie sind es, die die Dinge in Bewegung halten; sie sind es, die dazu führen, dass überhaupt etwas passiert. Gesellschaft ist die Art und Weise, wie Begehren reguliert wird. Diese Theorie versucht, in hohem Masse variabel, flexibel und vielschichtig zu bleiben. Es wird ein Diagramm aufgespannt, das die Veränderungen des Spätkapitalismus genauso umfasst wie winzige Momente des Alltags. Der mikroskopische Bereich des Alltagslebens muss bei der Analyse des Kapitalismus mit einbezogen werden, wenn die Frage zu beantworten ist, warum die Leute «für die Knechtschaft kämpfen, als sei es für ihr Heil».

Gilles Deleze

«In der Tat meinen wir, dass der Kapitalismus im Zuge seines Produktionsprozesses eine ungeheure schizophrene Ladung erzeugt, auf der wohl seine Repression lastet. Denn der Kapitalismus hört nicht auf, seine Entwicklungstendenz zu durchkreuzen und zu hemmen wie gleichermassen sich in sie zu stürzen und zu beschleunigen; er hört nicht auf, seine Grenze wegzustossen und sich ihr zu nähern.» (Deleuze/Guattari)

Die Geschmeidigkeit des Kapitalismus

Zu den trickreichen Reaktionen des Kapitalismus gehört die Tatsache, dass er noch das, was ihn bedroht, zu integrieren versucht. Differenzen werden als Innovationen ausgegeben. Widerstände werden nur in Ausnahmefällen mit gewaltsamen Mitteln unterdrückt. Das Begehren wird nicht von vornherein zensuriert oder verboten. Ständig ist das kapitalistische System bemüht, das freigesetzte Begehren innerhalb der Logik von Markt und Geld zu halten: «Welche Geschmeidigkeit in der Axiomatik des Kapitalismus, immer bereit, seine eigenen Grenzen zu erweitern, um ein neues Axiom dem eben noch saturierten System anzufügen.»

Guattari und Deleuze sind der Ansicht, dass sich der Kapitalismus von Widersprüchen nährt. Sie bedrohen ihn nicht. Er bejaht ihre Verwertung als Innovation. Der Kapitalismus ist in diesem Sinne ein positives Regime: «Darin offenbart sich die Identität von Gesellschafts- und Wunschmaschine: nicht Abnutzung macht ihre Grenze aus, sondern die Fehlzündung, sie funktioniert, wenn sie knirscht, wenn sie kaputtgeht, in kleinen Explosionen birst – die Dysfunktionen sind Teil ihres Funktionierens.» Diese Aussagen verweisen auf die Schwierigkeiten, den Kapitalismus zu unterlaufen. Der Kapitalismus stellt aber kein Gesamtintegrationsmonster dar – immer wieder entkommt ihm «etwas».

Dem Integrationsmechanismus entweichen

Die Macht wird nicht einfach auf den Staatsapparat oder auf die ökonomische Verfügungsgewalt des Kapitals zurückgeführt. Die Machtmechanismen werden an den Orten beschrieben, wo sie in den Alltag eingreifen: Ehe und Beziehung, der Rhythmus von Schule und Fabrik, Lernen und Malochen, Krankenhaus, Gefängnis, Familie usw. Die Untersuchung der Kräfteverhältnisse, die den sozialen Raum ordnen, wird aus mikropolitischer Perspektive vorgenommen. In der Gesellschaft entweicht aber immer etwas. Sie ist keine Totalität, nicht das ganz Falsche. Die «Gesellschaft ist etwas, das leckt, finanziell, ideologisch, es gibt überall Leckstellen.»

Eine Gesellschaftsformation wie die kapitalistische ist nach Deleuze und Guattari nicht in erster Linie durch gesellschaftliche Widersprüche bestimmt, sondern durch Fluchtlinien, die durch ein System gehen. Und Fluchtlinien sind durchaus nicht dasselbe wie die Widersprüche, denn sie sind die Orte, durch die «etwas» flieht, was läuft und nicht mehr kontrolliert wird. Deleuze und Guattari halten fest: «Zweifellos versucht der Kapitalismus zu kontrollieren, zu schweissen und einen Knoten zu machen, aber dann gibt es Fluchten in anderer Richtung, und im allgemeinen dort, wo man es nicht vorhergesehen hat, wo man es nicht erwartet. Daher hat eine Fluchtlinie für uns viel mehr Bedeutung als ein Widerspruch.» Die Suche nach Fluchtlinien, nach neuen und anderen Spielregeln, ist ein zentraler Ausgangspunkt ihrer Analysen. Sie schauen sich die unendlichen Möglichkeiten und Wege der Wunschproduktion an, bevor ein Machtdispositiv die vorhandenen Möglichkeiten nur auf eine reduziert.

Die Kontrollgesellschaft

1990 hat Deleuze den Artikel «Postskriptum über die Kontrollgesellschaften» veröffentlicht, in dem er schreibt, dass der Spätkapitalismus allmählich von der Disziplinierung zur Kontrolle überwechselt. Nicht mehr geschlossene Einschliessungsmilieus wie Gefängnis, Fabrik, Schule oder Krankenhaus produzieren und formieren die Subjekte. Diese Milieus sind in einer mehrfachen Bewegung reformiert und geöffnet worden. Sie haben sich durch den Druck sozialer Auseinandersetzungen und Kämpfe verändert. Sie sind modernisiert und angepasst worden. Sie sind Ausdruck verfeinerter Kontrollen und Produkt der Raffinessen der Macht. «In den Disziplinargesellschaften hörte man nie auf anzufangen (von der Schule in die Kaserne, von der Kaserne in die Fabrik), während man in den Kontrollgesellschaften nie mit irgend etwas fertig wird: Unternehmen, Weiterbildung, Dienstleistung sind metastabile und koexistierende Zustände ein und derselben Modulation, die einem universellen Verzerrer gleicht.» Die grossen molaren Institutionen (Familie, Ehe, Schule, Krankenhaus, Beruf, Freizeit usw.) sind in eine krisenhafte Bewegung gekommen, Wobei sich wiederum die Frage stellt, ob die momentanen Abweichungen von den Normen dazu beitragen, das Normale zu erhalten und zu stabilisieren oder ob sich in ihnen etwas anderes zeigt, ein anders gelebtes Leben. Sie markieren jenen ambivalenten kapitalistischen Grenzverlauf, der ein Kräfteverhältnis beinhaltet – und eine Aufforderung: Deleuze stellt dazu fest: «In der Krise des Krankenhauses als geschlossenem Milieu konnten zum Beispiel Sektorisierung, Tageskliniken oder häusliche Krankenpflege zunächst neue Freiheiten markieren, wurden dann aber Bestandteil neuer Kontrollmechanismen». Und fährt fort: «Weder zur Furcht noch zur Hoffnung besteht Grund, sondern nur dazu, neue Waffen zu suchen.»

Die Fluchtlinien besetzen

Deleuze und Guattari haben 1973 im Buch «Antipsychiatrie und Wunschökonomie» geschrieben: «Es gibt hin und wieder überraschende Beispiele in der Politik. Ich nehme als Beispiel aus jüngster Zeit das, was in Amerika geschieht: da ist der Vietnamkrieg; er ist gigantisch, der Einsatz einer gigantischen paranoischen Maschine, der berühmte militärisch-industrielle Komplex. Alle sagen «bravo». Niemand entrüstet sich darüber ausser einer kleinen Zahl von Individuen. Und nun kommt da eine kleine Geschichte, ein Fall von Spionage, Diebstahl, Polizei und Psychiatrie. Es gibt Fluchtlinien. Und all die braven Leute, die den Vietnamkrieg voll akzeptieren, fangen an zu sagen: der Präsident der USA hält sich nicht mehr an die Spielregeln. Eine kleine Flucht hat sich auf das grosse paranoische System aufgepfropft. Das, was uns interessiert, sind die Fluchtlinien in den Systemen, die Bedingungen, unter denen diese Linien revolutionäre Kräfte formen und anregen.»

Wenn man diese Sätze liest, könnte man meinen, dass sich die Geschichte in gleicher Art und Weise wiederholt. Doch schon Marx wusste zu berichten, dass sich geschichtliche Tatsachen zuerst einmal als Tragödie und dann als Farce wiederholen. Tragisch ist es, zu sehen, wie unmenschlich die Gefangenen im Irak und auf Guantanamo behandelt werden. Als Farce entpuppt sich die ganze Bush-Administration, die diese Entmenschlichung zu rechtfertigen sucht.

Gestern war es der Vietnamkrieg – heute ist es der Irakkrieg. Die AmerikanerInnen sind erneut in einen blutigen Krieg verstrickt. Und wiederum steht ihr Image auf dem Spiel. Nach den Wahlen hat Michael Moore richtigerweise festgestellt, dass trotz des Sieges die Mehrheit der Amerikaner der Ansicht ist, dass das Land in die falsche Richtung steuert (56 Prozent), dass es den Krieg nicht wert war, ihn zu kämpfen (51 Prozent) und dass 88 Prozent von Bushs Unterstützung von den weissen Wählern kam.

Eine Gesellschaft (auch die amerikanische) verläuft nicht deterministisch, eindimensional; sie ist vielschichtig, vielfältig, vielseitig. Die paranoide Maschine versucht zwar immer wieder, die Löcher zu stopfen. Sie versucht, Knoten zu knüpfen und Bindungen herzustellen, um zu verhindern, dass die Widerspenstigen zu zahlreich werden. Doch gleichzeitig gibt es – wie Deleuze und Guattari nicht aufhören zu betonen – die Fluchtlinien und Fluchtbewegungen, die eine paranoische Maschine untergraben – immer wieder neu, immer unerwartet. Denn einem gesellschaftlichen Gefüge «entweicht und entgeht immer etwas». So besteht «weder zur Furcht, noch zur Hoffnung Grund, sondern nur dazu, neue Waffen zu suchen.»

Hilar Eggel

Wohin frau/man geht

Kino Astoria: Der Besondere Film

22. November 2004
Höllentour

29. November 2004
Anlässlich des Welt Aids Tages einen Aids Film.
Titel noch nicht bekannt.

6. Dezember 2004
Maria full of Grace

13. Dezember 2004
Just a Kiss

Jeweils am Montag, 20.30 Uhr im Kino Astoria in Visp, www.kino-astoria.ch

Natur entdecken im Wallis

Freitag, 26. November, 19.30 Uhr
Singsaal Schulhaus Sand, Visp

Fauna und Tourismus

Vortrag von Urs Zenhäusern und Reinhard Schnidrig-Petrig

Auskunft: Oberwalliser Umweltsekretariat, Naters, 027 923 61 62

KELLER THEATER BRIG

Samstag 20. November, 17.00 Uhr
«Schneeluft»
Familientheater zum «Tag des Kindes»

Samstag 27. November, 20.30 Uhr
«Odyssee»
Mit Patrizia Barbuiani und Markus Zohner

Donnerstag, 2. Dezember, 20.30 Uhr
Unplugged «Jazz Serenaders»
Reini Heldner ist ein Garant für Qualität

Samstag, 11. Dezember, 20:30 Uhr
Sonntag, 12. Dezember, 17:00 Uhr
«Kaito»
Japanisches Märchen

Donnerstag, 6. Januar 05, 20.30 Uhr
Unplugged «Granny Smith»
Punk-Rock einmal anders

Infos unter: www.kellertheater.ch

El Kino

Freitag, 3. Dezember, 20.30 Uhr
Lilja 4ever, Russland
im Keller des De La Place in Brig

JedeR ist herzlich willkommen. Nur der einmalige Kauf einer Mitgliedskarte des Vereins EL Kino von 5.– Franken ist Pflicht.

Gemeinderatswahlen 2004

SP Brig:
Sonntag ab 17.00 Uhr im Restaurant Weinstube, 1. Stock, Brig

SP Naters:
Sonntag ab 16.00 Uhr im Restaurant Simplon, Naters

SP Visp:
wird noch mitgeteilt

SP Leuk-Susten-Leukergrund:
Sonntag ab 15.00 im Restaurant Krone, in Leuk-Stadt

Freies Theater Oberwallis

...spielt im Alten Werkhof in Brig

«Futsch»

von Roddy Doyle, Regie: Hermann Anthamatten

Premiere: Silvester, 20.30 Uhr

Weitere Aufführungen: jeweils um 20.30 Uhr:
Donnerstag, 6. Januar; Freitag, 7. Januar; Samstag, 8. Januar; Dienstag, 11. Januar; Freitag, 14. Januar; Samstag, 15. Januar

Die Rote Anneliese braucht es auch in Zukunft.

Deshalb werde ich Mitglied des Vereins *Rote Anneliese* und zahle:

☐ **200 Franken** ☐ **500 Franken** ☐ _____

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig

Dicke Eier

Diego Clausen: Was hat Bass versprochen?

Es gibt sie immer wieder, die tollkühnen Parteihüpfer! Neustes Opfer der parteipolitischen Ununterscheidbarkeit von CVP, CSP, FDP und manchmal auch der SPO ist Diego Clausen vom Architektur-Büro «dreipunkt». Ihre Rolle ist undankbar, der Spott von links und rechts ist ihnen sicher. Dabei ist die Sache bei Clausen doch sonnenklar. Als bisheriger Vertreter der CVP in der Gebäudeschatzungskommisson von Naters hat er sowohl den politischen als auch den ökonomischen Wind richtig einschätzen gelernt. Die CVP Naters hätte ihn gerne auf ihrer Liste gesehen. Doch Clausen gab ihr einen Korb, um flugs darauf auf der Liste der Gelben zu erscheinen. Die Schwarzen stellen sich jetzt die bange Frage: Was hat Albert Bass seinem Zögling versprochen?

Agglo Brig-Glis und Naters: Distanz zum Volk

Die beiden Gemeinden Brig-Glis und Naters haben immer noch eine eigene Homepage, die Patzer sind jedoch die selben. Denn auf beiden Gemeinde-Plattformen im Internet schotten sich die GemeinderätInnen ab. Zwar sind schöne Fotos und die Ressortaufteilung vermerkt, aber wer ihnen telefonieren oder ein Mail schicken will, der sucht auf den beiden Homepages vergeblich nach den entsprechenden Telefonnummern und Mailadressen.

Stromkollaps in Italien: RA warnte bereits 2001

Es ist unglaublich, welche Ignoranz sich die Stromwirtschaft und das Bundesamt für Energie (BFE) immer wieder leisten! Im September 2001 veröffentlichte die RA einen Beitrag über den Stromtransit. Darin dokumentierte der Strommarktexperte Heini Glauser, dass die Stromtransitleitungen von der Schweiz nach Italien massiv überlastet sind. Die Leitungen werden heiss, sie hängen durch. Ist ein Baum in der Nähe, kann es zu Lichtbögen kommen, wie letztes Jahr, als ganz Italien lahmgelegt wurde. Keiner nahm die Warnungen der RA ernst. Zwei teure Experten-Berichte des BFE haben inzwischen auch wissenschaftlich bestätigt, was die RA schon vor drei Jahren wusste: Die Stromtransitleitungen nach Italien sind überlastet und die vorgeschriebene Maximaltemperatur der Leiter von 40 Grad Celsius wird massiv überschritten.

Leserbrief

So etwas schreibt man nicht!

Zur Buchbesprechung von Immanuel Abts «Licht unten im Tal» (RA, Nr. 184)

«Mit dieser ungewöhnlichen wie packenden Geschichte präsentiert sich der 27-jährige Walliser Immanuel Abt erstmals auf der literarischen Bühne», schreibt Patrick Zehner. Und man kann nur hoffen, dass es auch das letzte Mal sein wird. Denn so etwas schreibt man nicht. Nach den schrecklichen Amokläufen ausgeflippter Schüler an Gymnasien (High schools) in Amerika und Deutschland blieb es jedem Leser selbst überlassen, sich aufgrund der Zeitungsberichte eine Vorstellung vom psychischen Zustand der Täter zu machen.

Absolut überflüssig und aufgrund der benutzten Fäkalsprache eine Scheusslichkeit ohnegleichen war es, eine solche Tat als Oberwalliser (unter Pseudonym) im Oberwallis spielen zu lassen. «Licht unten im Tal» ist das tiefste Dunkel einer überkandidelten Seele, die für ähnlich schwache Typen geradezu eine Tatanleitung liefert. Es gibt schon genug unterschwellige und auch ausgelebte Aggression hierzulande, der nicht noch – wenn auch «nur» in Romanform – ein zusätzliches Ventil verschafft werden muss. In Mumpf verlegt? Man möchte dem Verleger Mumps wünschen – als Strafe dafür, so eine Schmiererei überhaupt herausgegeben zu haben.

Lieselotte Kauertz, Naters

Das Weihnachtsgeschenk

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Zi-Täter

«Wir wollen, dass auch die Walliser Bevölkerung sich darüber äussern kann, ob sie eine total verstaatlichte und seelenlose Spitalversorgung, wie uns von der SP Oberwallis als das Ei des Kolumbus verkauft werden soll, will oder nicht!»
Jean-Marie Schmid und Josef-Anton Kuonen, Initiative «Pflege für alle»

Rote Anneliese: ***Wir schlagen vor, dass der Lehrer Schmid und der Regionalsekretär Kuonen auch die total verstaatlichte Schule und das seelenlose Regionalbüro in ihre famosen Überlegungen einbeziehen.***

«Übrigens, politische Kuckuckseier sind meist von kurzer Dauer, denn allzu oft fällt ein Eyer aus dem Nest.»
CVP Naters – Gemeinsam für Naters

Rote Anneliese: ***Manchmal schlägt sich auch ein Holzer ins Bein!***

«Verbündet euch notfalls mit dem Erzengel Gabriel und seinem feurigen Schwert, wenn's nicht anders geht.»
Tony Jossen, ehemaliger Kommandant Ter Rgt 10 zur Schliessung der Zeughäuser

Rote Anneliese: ***Die RA schlägt vor, dass alle wehrpflichtigen und ausgemusterten Oberwalliser unter der kundigen Führung des Kommandanten Jossen das Zeughaus plündern und so bestens ausgerüstet das Militärdepartement in Bern stürmen.***

«Jene, die in einem Amt nichts anderes als Selbstbefriedigung betreiben – und damit die Politikverdrossenheit fördern.»
Lothar Berchtold im WB

Rote Anneliese: ***Das wird den Papst aber freuen, denn bisher war selbst dem Vatikan nicht bekannt, dass die Onanie auch zur Politikverdrossenheit führt. Erwiesen war erst, dass Selbstbefriedigung zu Hautausschlag, zur Verblödung, zu trüben Augen und zum Wahnsinn führt.***

Pharisäer: CVP-Wahlkampf-Demo in Bern

Dümmer als das Volk erlaubt!

BERN/SITTEN – **Auf diesen Schabernack fielen die OberwalliserInnen nicht herein: Eine vom Kanton und von der Walliser Handelskammer finanzierte CVP-Wahl-Veranstaltung in Bern, getarnt als A9-Demo. Angezettelt ausgerechnet von jenen, welche uns die eidgenössischen Sparpakete und Entlastungsprogramme eingebrockt haben und welche nun in allerfrechster Manier in den Walliser Staatsrat drängen oder dort bleiben möchten.**

Von Kurt Marti

Rechtzeitig und als einziges Oberwalliser Medienprodukt hat die *Rote Anneliese* die Sparprogramme des Bundes angeprangert: Als die beiden CVP-Nationalräte Felix Walker und Jean-Michel Cina mit einer Motion zwei Sparprogramme von 7 Milliarden Franken forderten, hat die RA die Verantwortlichen beim Namen genannt, derweil der Walliser Bote eine Lobhudelei nach der anderen auf Nationalrat Cina und dessen Wiederwahl sang. Als Folge dieser Walker-Cina-Motion und des Druckes des Wirtschaftsverbandes economiesuisse hat nun der Bundesrat schon sein zweites Entlastungsprogramm in der Höhe von rund zwei Milliarden Franken präsentiert.

Es ist der Gipfel der politischen Dummheit, wenn Nationalrat Cina damals gemeint hat, die Randregionen würden von dieser Sparhysterie zugunsten der Superreichen im Land verschont. Es ist genau das eingetroffen, wovor die RA gewarnt hat. Dass dabei auch beim Autobahnbau gespart wird, ist gegenüber dem Sparen im Sozialbereich nichts weiter als gerecht. Die A9-Demo in Bern ist eine ungeheure politische Frechheit in dreifacher Weise: Erstens hat uns die CVP und die economiesuisse diese Entlastungsprogramme eingebrockt; zweitens war die A9-Demo eine Wahldemo der CVP-KandidatInnen für die Gemeinde- und Staatsratswahlen; drittens wurde die Demo aus der Walliser Staatskasse subventioniert. Die Oberwalliser Bevölkerung blieb zu Hause und zeigten damit den CVP-PolitikerInnen an: Nicht alles ist erlaubt!

Jean-Michel Cina:
Vordenker der Sparprogramme

Thomas Gsponer:
Überhaupt kein Grund zum Jammern

Jean-Jacques Rey-Bellet:
Autobahnbau selbst verzögert

Motorrad-Rey-Bellet auf Wahltour

Wenn Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet mit dem Motorrad durch das Land rattert, dann ist Wahlkampf. In Bern fuhr er mit seiner schweren Maschine vor und jammerte Bundesrat Moritz Leuenberger den Buckel voll über die verhinderte Autobahn im Oberwallis. Hoffentlich hat sich Leuenberger am Züri-See den Buckel voll gelacht über den Stürmi aus dem Wallis, der durch seine sture A9-Politik im Oberwallis voll in die Fussstapfen seines Vorgängers Bernard Bornet getreten ist. Acht Jahre haben Rey-Bellet und seine Autobahn-Köpfe den Bau der A9 im Oberwallis hinausgezögert. Dass er nun im Oberwallis im Hinblick auf die Staatsratswahlen Terrain gutmachen muss, ist klar, aber nicht mit einer staatlich subventionierten CVP-Demo in Bern!

Thomas Gsponer: Filial-Leiter

Der dritte im Bunde ist Thomas Gsponer, dessen Handelskammer ebenfalls zu den Sponsoren der CVP-Demo gehörte. Ob er diesen Beitrag einem Staatskässeli abgeluchst hat, werden wir sicher in einem der nächsten Berichte des Finanzinspektorates lesen. Auf jeden Fall hat Gsponer wie auch Cina überhaupt keinen Grund die Berner Sparpolitik zu attackieren. Im Gegenteil: Gsponers Handelskammer ist die Filiale des Wirtschaftsverbandes economiesuisse, welche zusammen mit den CVP-Eiferern für die Sparpakete verantwortlich ist.
Jetzt beginnt es auch dem Walliser Boten zu dämmern. *«Ein ungutes Gefühl»* beschlich den Chefredaktor und er fragte sich vorsichtig: *«Haben wir nicht schon zu viel verschlafen? Die Sparpakete und Entlastungsprogramme sind ja nicht neu.»* Diese Frage kann der WB mit einem lauten und deutlichen JA beantworten. Doch der WB-Chef ging noch weiter und orakelte: *«Den Abfahrtspfiff hörte nicht einmal der VOV.»* Herrgott, wer ist der VOV? Des Rätsels Lösung: Der VOV heisst *«Vereinigung Oberwalliser Verkehr und Tourismus»* und dessen Präsident heisst Rolf Escher, welcher auch Präsident des Oberwalliser Pressevereins ist, dem obersten Zensurgremium des Walliser Boten. Vielleicht geht jetzt der VOV zum WB und macht WUFF!

Der heitere Schluss

Rey-Bellet im Töff-Wahlkampf

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 185 / November 2004
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis